

Interview:

Unsere Europäische Union

EP-Kandidatin Evelyn Regner
im Gespräch mit BetriebsrätInnen

8

Spezial:

Demo am 13. Mai 2009

Bilderbogen zur Großdemonstration
»Wir verzichten nicht!«

24

Schwerpunkt:

Rechtsruck in der EU

Europas Rechtspopulisten nähren
Fremdenhass und Angst

32

Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

Nº 5 | 2009 | 63. Jahrgang | € 2,-

www.arbeit-wirtschaft.at



© ÖGB-Verlag/Paul Stürm

Wozu brauchen wir die EU?

ab Seite 8



8



24



32



34

Schwerpunkt:

Soziales Europa wählen **12**

Das EU-Parlament war in der zu Ende gehenden Legislaturperiode häufig eine wichtige Stütze für das Soziale Europa.

Enorme Unterschiede **14**

Ein Erasmus-Projekt für GewerkschafterInnen ermöglicht Erfahrungsaustausch in der Europäischen Union.

Die neue EBR-Richtlinie **16**

Die neue Richtlinie zum Europäischen Betriebsrat wird erst 2011 in Kraft treten. Schon jetzt muss sie mit Leben erfüllt werden.

Gut vertreten in Brüssel **17**

Das ÖGB-Europabüro setzt auch mittels neuer Website auf noch bessere Interessenvertretung und noch mehr Service.

Ein anderes Europa **18**

Die Bewältigung der globalen Wirtschaftskrise ist eine der größten Herausforderungen in der Geschichte der Europäischen Union.

Die kleinen Leute **20**

Es ist schwer, Vorurteile der BürgerInnen gegen die EU zu beseitigen. In Österreich werden sie von Politik und Boulevard verfestigt.

EU4Jugendliche **22**

Das etwas andere Projekt zum offenen Dialog über die EU-Meinungen von Jugendlichen.

F*** IT! FILM IT! **26**

Der Video-Wettbewerb für Menschen im Alter von 15 bis 25 Jahren soll Aufmerksamkeit für die Europawahl 2009 wecken.

Kenne dein Europa **27**

Nur wer informiert ist, kann eine Wahl treffen: Durch e-Learning 2.0 kann EU-Wissen unkompliziert erlangt werden.

Qualifiziert für Europa **28**

Nationaler und Europäischer Qualifizierungsrahmen versprechen mehr Transparenz und Durchlässigkeit im Bildungssystem.

Geheime Erfolge **30**

Die EU hat Imageprobleme. Auch weil seit Jahren alles Unerfreuliche der EU zugeordnet wird.

Rechts, zwei, drei, vier **32**

Rechtsrechte Parteien gewinnen in der EU immer mehr an Bedeutung. Sie nähren Fremdenhass und schüren Ängste.

Nicht willkommen **34**

Während in der EU die letzten Grenzen beseitigt werden, wird die Union nach außen hin immer mehr zur Festung.

Interview:**Es ist auch dein Europa 8**

Evelyn Regner, Kandidatin für das Europäische Parlament, diskutiert mit BetriebsrätInnen über europäische Politik.

Standards:**Standpunkt: Du, mein Europa! 4****Veranstaltung: Urania Wien am 29. April 5****Veranstaltung: Theodor-Körner-Fonds 40****Veranstaltung: Die Besten 41****Aus AK & Gewerkschaften 6/7****Historie: Mit einer Stimme in Europa 11****Man kann nicht alles wissen 46**

Erklärungen aller grün-markierten Worte.

Spezial:**Wir verzichten nicht! 24****Aus Arbeiterkammern & Gewerkschaften:****Wichtige soziale Arbeit 36****Mitbestimmen (Teil 3) 38****Wirtschaft&Arbeitsmarkt:****Mitschuld an der Krise 42****Verbraucherpreise 45**

www.arbeit-wirtschaft.at

Alle Beiträge finden Sie auch auf unserer Homepage sowie die eine oder andere Ergänzung zu einzelnen Themenschwerpunkten, die wir aus Platzgründen in der Zeitschrift nicht mehr berücksichtigen konnten.

Sie haben die Wahl!**Redaktion intern**

Vor 15 Jahren haben bei der Volksabstimmung in Österreich zwei Drittel für einen Beitritt zur EU gestimmt. Einige mögen das vielleicht bereuen. Aber viele haben erkannt, dass es wichtig ist, das soziale Europa mitzugestalten. Gute Argumente dafür finden Sie in der »Arbeit&Wirtschaft«, Nr. 5/2009 »Wozu brauchen wir die EU?«

Mehr als acht Jahre hat Evelyn Regner das ÖGB-Europaparlament in Brüssel geleitet. Jetzt will die Gewerkschafterin dorthin zurück – als Europa-Parlamentarierin. Im Interview ab Seite 8 diskutiert sie mit

den BetriebsrätInnen Helga Hromoda, Werner Engl und Rene Pfister die Europäische Politik.

Ihr Nachfolger im ÖGB-EU-Büro, Oliver Röpke, erläutert ab Seite 12 die Bedeutung der EP-Wahlen für ein soziales Europa. Weitere Artikel im Schwerpunkt befassen sich mit einem Erasmus-Projekt für GewerkschafterInnen (Seite 14), EU-4Jugendliche (Seite 22) und dem Rechtsruck in Europa (Seite 32).

In der Mitte des Heftes finden Sie Impressionen von der Demonstration am 13. Mai 2009.

Außerdem lesen Sie in der A&W den dritten Teil unserer Serie Mitbestimmen (Seite 38) und eine Analyse des OeNB-Direktors i. R. Thomas Lachs über die Zusammenhänge von Pensionsfinanzierung und Wirtschaftskrise (Seite 42).

Besuchen Sie uns auch im Internet: Auf der Homepage www.arbeit-wirtschaft.at haben Sie die Möglichkeit, Artikel zu kommentieren und E-Cards zu versenden. Wir freuen uns übrigens stets über Kritik und Anregung: aw@oegb.at

Für das Redaktionskomitee
Katharina Klee



Standpunkt

Du, mein Europa!

Schuld sind die dort, war man einst überzeugt, bei uns daheim in den Bergen. Die machten unverständliche Gesetze. So weit weg, wie die von uns waren, hatten sie keine Ahnung von dem, was uns wichtig und für uns richtig war. Scharen von Beamten lebten dort auf unsere Kosten, sagte man. Beamte, da wisse man ja Bescheid, wie die es mit der Arbeit so halten. Alles Unangenehme kam aus der fernen Hauptstadt – und dabei würden wir, das fleißige, tüchtige Bergvolk, doch besonders viel in die Töpfe einzahlen, aus denen sich alle anderen – nicht ganz so fleißigen und tüchtigen – schamlos bedienen würden. Der Dank dafür wären dann absurde Verordnungen, meinte man, und unsere wirklichen Probleme seien denen ja egal. Sicher, es saßen auch ein paar aus unserem Land im Parlament und manchmal auch in der Regierung, aber was konnten die schon ausrichten. Damals war Wien gemeint, heute höre ich dieselben Argumente in Bezug auf Brüssel.

Teil eines größeren Ganzen

15 Jahre ist es her, dass ich eine von 66,6 Prozent ÖsterreicherInnen war, die für einen EU-Beitritt unseres Landes gestimmt hat. Es schien mir vernünftig, Teil eines größeren Ganzen zu werden. Der freie Verkehr von Personen, Waren, Kapital und Dienstleistungen erschien vielverspre-

chend. Die Vorstellung, Dinge, die man bei Kurztrips nach München oder Sterzing erstanden hat jetzt endlich auch im heimischen Supermarkt zu erwerben, war ebenso vielversprechend, wie die, bei solchen Ausflügen auf den Pass verzichten zu können und keinen Grenzstaus ausgeliefert zu sein. Da konnten mich Blut in der Schokolade und Schildläuse im Joghurt nicht weiter erschrecken.

Ich mag dieses Europa. Schon als Kind habe ich – dank meiner Eltern – viele europäische Länder kennengelernt. Später dann noch mehr mit Interrail und Schüleraustausch. Klar faszinieren auch mich exotische Urlaubsziele, aber auch in Europa gibt es so viel zu entdecken: eine Ölmühle in Portugal, Schuhgeschäfte in Amsterdam, ein Marsch auf den Ätna, eine Mass im Englischen Garten, ein Wasserfall auf La Réunion. Und fast wie ein Wunder schien es, als vor fünf Jahren noch zehn Länder dazukamen, von denen sieben vor 1989 noch hinter dem Eisernen Vorhang lagen. Was für ein Unterschied zwischen den Ungarn- und Prag-Ausflügen meiner Studienzeit und denen heute. Was mich fasziniert ist die Vielfalt der Regionen und Menschen mit ineinander verwobenen Kulturen und Geschichte. Und es war schön, zu diesem großen Ganzen dazuzugehören.

Ich beneide die jungen Menschen, die heute in dieser Union, diesem Zusammenschluss aufwachsen. Sie haben die Möglich-

keit, Teile ihrer Ausbildung in anderen Ländern zu absolvieren, sie tauchen ein in andere Kulturen und leben dort. Das ist schon etwas anderes als ein Monat Interrail.

Demokratie (aus)üben

Sicher, die Sache mit der EU war und ist auch bei mir keine reine Liebesgeschichte. Zwar wurden anfangs die Preise billiger, erreichten aber schnell wieder gewohnte Höhen. Und in letzter Zeit hat sich der Euro da oder dort sehr wohl als Teuro erwiesen, und ich habe mir das Umrechnen in Schilling noch immer nicht ganz abgewöhnt. Nicht alles, was da in den vergangenen Jahren von den europäischen Institutionen ausgeheckt worden ist, hat mir gefallen. Aber ich war und bin mir bewusst, dass es auch unsere VertreterInnen waren, die bei diesen Entscheidungen mitgestimmt haben.

Aber so ist es nun einmal mit der Demokratie, ob auf nationalem oder europäischem Raum. Nicht alles gefällt allen. Und doch ist es die beste aller Staatsformen. Es ist besser mitzu(be)stimmen, als nicht gehört zu werden. Auch wenn es anstrengend ist und mühsam. »Demokratie ist die einzige Staatsform, die man lernen muss«, hat der Politikwissenschaftler Ferdinand Karlhofer bei einer Veranstaltung anlässlich 90 Jahre Betriebsrätegesetz gesagt. Lernen und üben. Am 7. Juni haben wir wieder einmal die Gelegenheit dazu.

Urania Wien am 29. April

Die AutorInnen des gleichnamigen Praxisratgebers »Unternehmenskrisen erkennen, analysieren, bewältigen« gaben wertvolle Tipps aus ihrer Beratungs- und Verhandlungspraxis.

Mag. Heinz Leitsmüller, der Leiter der Abteilung Betriebswirtschaft, Mag. Hannes Schneller von der Abteilung Sozialpolitik, beide AK Wien, und Willi Mernyi, Leiter des Referats für Kampagnen, Projekte und Zielgruppen im ÖGB, drei Autoren des geplanten Praxisratgebers hielten

WEBLINKS

Fotos und Videos unserer Veranstaltungen unter:
www.oegbverlag.at

wertvolle Impulsreferate. Anschließend diskutierten zum Thema »Information und Kommunikation – gerade jetzt in der Krise« der Leitende Sekretär des ÖGB Mag. Bernhard Achitz, der Wirtschaftspsychologe Dr. Peter Hoffmann (AK), Dkfm. Alois Schönfeld, Geschäftsführer des Alpenländischen Kreditorenverbandes sowie die Betriebsratsvorsitzende von Novartis Pharma Ingrid Stipanovsky. BetriebsrätInnen diverser Unternehmen brachten ihre Erfahrungen aus dem betrieblichen Alltag in die Diskussion ein.

Im Anschluss wurde auf Initiative von AK Wien und ÖGB erstmals der Preis

BUCHTIPP

Unternehmenskrisen erkennen, analysieren und bewältigen

Der Praxisratgeber erscheint im Juni 2009 im ÖGB-Verlag.

Vorbestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien, Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

für beste betriebliche Kommunikation (bbk 09) verliehen. Mehr dazu Seite 41.



Heinz Leitsmüller, Abteilung Betriebswirtschaft der AK Wien, erklärte den BetriebsrätInnen, woran man die Krise erkennen kann.



Peter Hoffmann, Alois Schönfeld sowie Moderatorin Katharina Klee, Bernhard Achitz und Ingrid Stipanovsky bei der Podiumsdiskussion.



Die attraktiven Preise wurden von ÖGB-Vizepräsidentin Roswitha Bachner und Dwora Stein, Vizepräsidentin der AK Wien, übergeben.



Gruppenbild mit Damen: 28 Betriebsratskörperschaften wurden nominiert, in drei Kategorien gab es neun GewinnerInnen.

IMPRESSUM

Redaktion »Arbeit&Wirtschaft«:

Laurenzberg 2, 1011 Wien,
Telefon: (01) 534 44, Fax: (01) 534 44-595,
Katharina Klee (Chefredakteurin): Klappe 304,
Sonja Adler (Sekretariat): Klappe 340 (von 8 bis 12 Uhr)

E-Mail: aw@oegb.at

Internet: www.arbeit-wirtschaft.at

Abonnementverwaltung und Adressänderung:

Karin Stieber, 1231 Wien, Altmannsdorfer Straße 154–156,
Telefon (01) 662 32 96-6344 Dw., Fax Dw. 6385;
E-Mail: karin.stieber@oegbverlag.at

Redaktionskomitee

Arthur Ficzo (Vorsitz), Nani Kauer (Stellvertretender Vorsitz),
Thomas Angerer, Gerhard Bröthaler, Lucia Bauer,
Günther Chaloupek, Thomas Fessler, Andreas Gjecaj,
Elisabeth Glantschnig, Katharina Klee (Chefredakteurin),
Karl Kollmann, Georg Kovarik, Barbara Lavaud, Sabine Letz,
Ruth Naderer, Katharina Painer, Brigitte Pellar,
Alexander Schneider, Erik Türk

Redaktionsmitglieder

Katharina Klee (Chefredakteurin),
Sonja Adler (Sekretariat),
Dietmar Kreuzberger (Grafik und Layout)

Mitarbeiter/-innen dieser Ausgabe:

Katharina Klee (Chefredaktion), Sonja Adler, Mag. Oliver Avancini,
Mag. Lucia Bauer, Mag. Ruth Bauer, Mag. Kai Biehl, Astrid Fadler,
Dagmar B. Gordon, Wolfgang Greif, Mag. Bernhard Horak,
Nani Kauer, Dr. Thomas Lachs, Dr. Barbara Lavaud,
Mag. Johannes Lindner, Mag. Gabriele Müller, Dr. Brigitte Pellar,
Elke Radhuber, Mag. Reinhold Russinger, Mag. Oliver Röpke,
Mag. Hannes Schneller, Mag. Norbert Templ, Thomas Varkonyi

Herausgeber:

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien,
Prinz-Eugen-Straße 20–22, und Österreichischer
Gewerkschaftsbund, 1011 Wien, Laurenzberg 2

Medieninhaber:

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH,
1230 Wien, Altmannsdorfer Straße 154–156,
Tel. (01) 662 32 96, Fax (01) 662 32 96-6385,
E-Mail: Renate.Wimmer@oegbverlag.at,
Internet: www.oegbverlag.at

Hersteller: Verlag des ÖGB GmbH

Verlagsort: Wien

Herstellungsort: Wien

Preise (inkl. MwSt.):

Einzelnummer: € 2,-; Jahresabonnement Inland € 20,-;
Ausland zuzüglich € 12,- Porto; für Lehrlinge, Studenten und
Pensionisten ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-.
Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1231 Wien,
Altmannsdorfer Straße 154–156,
Tel. 662 32 96, Klappe 6344 (Dw.).

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

Die in der Zeitschrift »Arbeit&Wirtschaft« wiedergegebenen
Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung
von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede AutorIn trägt
die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die
Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung
aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer
Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren
geistigen Auseinandersetzung.

Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt einge-
sandte Manuskripte.

Leserzuschriften können auch gekürzt wiedergegeben werden.
Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der
Redaktion und mit Quellenangabe.

ÖGB:

Wähle dein Europa

Eine Aktion des ÖGB zur Europawahl am 7. Juni 2009.

Mit der Aktion »Wähle dein Europa« will der ÖGB möglichst viele ÖsterreicherInnen motivieren, am 7. Juni ihre Stimme für ein soziales Europa abzugeben. Nur wenn sich viele ArbeitnehmerInnen an der Wahl beteiligen, können ihre Anliegen in den europäischen Institutionen vertreten werden.

Dein Europa braucht deine Stimme für einen Kurswechsel in der europäischen Wirtschaftspolitik – damit die Menschen und ihre Interessen wieder im Mittelpunkt stehen. Der ÖGB setzt sich daher für Investitionen in sichere Arbeitsplätze, eine umfassende Grundversorgung sowie für ein starkes europäisches Arbeitsrecht ein.

Für den Finanzmarkt müssen strenge und lückenlose Regeln geschaffen werden, damit die Banken wieder der Wirtschaft dienen und nicht umgekehrt.

Auf der eigens für die EU-Wahl eingerichteten Homepage findest du neben Informationen zur Europapolitik des ÖGB, zu den gängigsten EU-Vorurteilen auch noch zehn Gründe, warum sich ArbeitnehmerInnen mit der EU-Politik auseinandersetzen sollten. Um das zu erleichtern, wird auf dieser Seite auch ein EU-Hörbuch in Podcast-Form angeboten. In 40 Minuten erfährt man viel über die Geschichte der EU, ihre Institutionen, europäische Gewerkschaftsarbeit und Lobbying. In nur 15 Minuten kann man mittels eines e-learning-Moduls EU-fit werden: Ein besonderer Gag ist ein personalisierbarer Wahlspot, der über die Seite verschickt werden kann.

All das und mehr unter
www.waehledeineuropa.at

Dein eigener EU-Wahlspot:
film.waehledeineuropa.at

vida:

Für neue Hausbetreuung

Lebensgewerkschaft sammelt Unterschriften für neue Regelung.

Die Gewerkschaft vida fordert eine neue Regelung für die Hausbetreuung, die den Bedürfnissen von ArbeitnehmerInnen wie auch MieterInnen und EigentümerInnen entgegenkommt.

Seit 1. Juli 2000 gibt es kein Hausbesorgergesetz mehr, die Situation für ArbeitnehmerInnen ist dadurch alles andere als besser geworden und der Markt ist unüberschaubarer denn je. Viele arbeiten mit Werkverträgen, freien Dienstverträgen oder in anderen Alibi-Beschäftigungsverhältnissen, denn Nachbesetzungen von HausbesorgerInnen waren nach Abschaffung des Gesetzes nicht mehr möglich – ihre Zahl hat sich seit 2000 in etwa halbiert.

Vor allem wichtige Frauenarbeitsplätze, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen, sind verloren gegang-

gen. Viele würden gerne wieder einen/eine HausbetreuerIn, eine sogenannte »gute Seele« vor Ort einsetzen.

Diese Funktion kann von ReinigerInnen, die nur wenige Stunden pro Woche vor Ort sind und dann schon zum nächsten Einsatz weiter müssen, nicht ersetzt werden.

Ein für viele MieterInnen, EigentümerInnen und auch Genossenschaften wichtiger Aspekt.

Genossenschaften, gemeinnützige WohnbauträgerInnen, MieterInnen und EigentümerInnen sollen die Wahlmöglichkeit erhalten, je nach Bedarf ein Reinigungsunternehmen oder eine Hausbetreuung einzusetzen – so die Forderung der Gewerkschaft.

Unterschreiben Sie den vida-Aufruf auf www.vida.at/hausbetreuung

ÖGB:

17. ÖGB-Bundeskongress

Motto »stark.sozial.gerecht. Dein Partner in der Arbeitswelt.«

Seit dem Kongress im Jänner 2007 ist vieles neu im ÖGB. Das frühere Präsidium wurde vergrößert und heißt nun Vorstand, Entscheidungen fallen auf breiter Basis. Der Vorstand, dem auch Präsident und VizepräsidentIn angehören, wird vom Bundeskongress gewählt. Die KandidatInnen stellen sich beim Kongress einem Hearing. Aber nicht nur die Delegierten haben die Möglichkeit,

den KandidatInnen Fragen zu stellen – auch alle anderen ÖGB-Mitglieder.

So können Sie Fragen stellen: Ab 10. Juni kann man auf der Kongresswebsite www.bundeskongress.at Informationen über die KandidatInnen des Vorstandes lesen und direkt von dort per E-Mail Fragen stellen. Die Fragen der Mitglieder kommen zusammen mit jenen der Kongressdelegierten in die Boxen, jeder/jede

KandidatIn hat dann eine eigene Fragenbox. Von allen eingelangten Fragen werden jedem Kandidaten, jeder Kandidatin beim Hearing mehrere gestellt, sie werden nach dem Zufallsprinzip aus der Box gezogen. Alle KandidatInnen haben für ihre Antworten gleich viel Zeit. Der Kongress wird von 30. Juni bis 2. Juli in Wien tagen. Alle Informationen auf www.bundeskongress.at

AK-Wahl 2009:

Wien: Erste Auszählung

In der Nacht zum 19. Mai – kurz vor Drucklegung – wurde ausgezählt.

Das vorläufige Ergebnis in Wien steht fest: Die FSG behält die absolute Mehrheit. Von 645.151 Wahlberechtigten wurden 259.214 Stimmen abgegeben. Die vorläufige Wahlbeteiligung betrug 40,18 Prozent. Auf die zwölf kandidierenden Listen entfielen:

Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen – Liste Herbert Tumpel (FSG): 143.846 Stimmen, das sind 56,53 Prozent, 105 Mandate; ÖAAB – Christliche Gewerkschafter (ÖAAB): 36.384 Stimmen, das sind 14,3 Prozent,

26 Mandate; Alternative und Grüne GewerkschafterInnen/Unabhängige GewerkschafterInnen (AUGE/UG): 18.057 Stimmen, 7,1 Prozent, 13 Mandate; Freiheitliche Arbeitnehmer (FPÖ) (FA): 31.468 Stimmen, 12,37 Prozent, 22 Mandate; Grüne Arbeitnehmer (GA): 9.116 Stimmen, 3,58 Prozent, 6 Mandate; Bündnis Mosaik – Liste Levent Öztürk (BM): 2.171 Stimmen, 0,85 Prozent, 1 Mandat; Gewerkschaftlicher Linksblock (GLB): 2.164 Stimmen, 0,85 Prozent, 1 Mandat; Bunte Demokratie

für alle (BDFA): 1.813 Stimmen, 0,71 Prozent, 1 Mandat; Kommunistische Gewerkschaftsinitiative – International (KOMINTERN): 1.820 Stimmen, 0,71 Prozent, 1 Mandat; Union der österreichisch-türkischen ArbeitnehmerInnen in Wien (TÜRK-IS): 2.034 Stimmen, 0,8 Prozent, 1 Mandat; Team Triebfeder: 1.277 Stimmen, 0,5 Prozent, kein Mandat, Liste Perspektive: 4.318 Stimmen, 1,7 Prozent, 3 Mandate.

Endgültiges Ergebnis ab 22. Mai 2009 online: wien.arbeiterkammer.at/akwahl

AK-Wahl 2009:

Niederösterreich: Erste Auszählung

Auch in Niederösterreich lag das endgültige Ergebnis bei Drucklegung noch nicht vor.

Von 423.423 Wahlberechtigten haben bei der AK-Wahl in NÖ 196.409 gewählt. Die Wahlbeteiligung betrug 46,4 Prozent. 191.318 Stimmen waren gültig.

Davon entfielen 116.144 auf die Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen, sie erreichten damit 60,71 Prozent, 69 Mandate. Ein Verlust von neun Mandaten.

Auf den NÖ AAB-FCG entfielen 44.607 Stimmen, 26 Mandate. Das sind

23,31 Prozent, ein Plus von 3 Mandaten gegenüber dem Jahr 2004. Auf die Freiheitlichen ArbeitnehmerInnen entfielen 16.167 Stimmen, 8,45 Prozent. Das bedeutet 9 Mandate, ein Plus von 6 Mandaten. Die Alternativen und Grünen GewerkschafterInnen/Unabhängige GewerkschafterInnen AUGE erreichten 3.959 Stimmen, 2,07 Prozent. Das bedeutet 2 Mandate, Gleichstand gegenüber 2004. Die Liste Dirnberger erreichte

2.948 Stimmen, 1,54 Prozent, also ein 1 Mandat. Der Gewerkschaftliche Linksblock GLB erreichte 1.129 Stimmen, 0,59 Prozent, damit kein Mandat. Das Bündnis Mosaik BM erreichte 2.907 Stimmen, 1,52 Prozent, 1 Mandat. Die Grünen GewerkschafterInnen Niederösterreich GGN erreichten 3.457 Stimmen, 1,81 Prozent, 2 Mandate.

Das Endergebnis: noe.arbeiterkammer.at/akwahl.htm

Es ist auch dein Europa!

Evelyn Regner, Kandidatin für das Europäische Parlament, diskutiert mit BetriebsrätInnen über Ziele und Möglichkeiten europäischer Politik.

ZUR PERSON



Evelyn Regner

Sie ist derzeit Leiterin der Stabsstelle Internationales im ÖGB. Sie war achteinhalb Jahre lang Leiterin des ÖGB-Europabüros in Brüssel, vertritt den ÖGB im Vorstand des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) und ist Mitglied des **Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA)**. Jetzt kandidiert sie für die FSG bei der kommenden EU-Wahl und ist erstgereichte Frau der SPÖ – Nummer 2 auf der Liste.

Arbeit&Wirtschaft: Welche Erfahrungen habt ihr persönlich und im Betrieb mit Europa gemacht?

Helga Hromada: Ich kenne Evelyn vom EU-Projekt »Transnationaler Gesundheitsdialog«. Es handelt sich um ein Projekt zwischen den Ländern Deutschland, Polen, Tschechien und Österreich, wo es

ZUR PERSON



Helga Hromada

Sie ist Betriebsratsvorsitzende im Krankenhaus Göttlicher Heiland in Wien und Vorsitzende der Bundesfachgruppe Gesundheits-, Heil- und Pflegeberufe der Gewerkschaft vda.

um Zusammenarbeit und Dialog im Gesundheitsbereich geht. Ziel des Projekts ist es, die Gesundheitssysteme zu vergleichen, Gemeinsamkeiten und Unterschiede herauszuarbeiten und so die Ängste vor der europäischen Harmonisierung der Gesundheitssysteme – z. B. vor der PatientInnenmobilität – zu nehmen.

Werner Engl: Gestern war Kollege Swoboda zu Besuch bei uns im Werk in Aspern. Wir konnten sehen, dass die Leute im Werk sehr weit von den europäischen Themen entfernt sind. Momentan steht die AK-Wahl im Mittelpunkt. Bei der Diskussion mit Kollegen Swoboda zeigte sich, dass die EU vor allem mit Themen wie »Gurkenkrümmung«, oder dass durch den Euro alles teurer wurde, besetzt ist – leider eben die Themen, über die in der Kronenzeitung zu lesen ist. Da wären wir selbst als BetriebsrätInnen natürlich gefordert, andere Themen ins Spiel zu bringen.

René Pfister: Ich habe Evelyn bei einer Weiterbildung für »Future Trade Union Leaders«, als Referentin kennengelernt. Dabei sind enge Kontakte mit jungen GewerkschafterInnen aus ganz Europa entstanden – diese Kontakte und die Vernetzung waren seither immer wertvoll bei Arbeitszeitkonflikten etc.

Solche Erfahrungen waren für mich sehr positiv, und wenn in Österreich alle ins Horn der Kronenzeitung stoßen und sagen: Was da in Brüssel passiert, das brauchen wir nicht, so muss man gehalten und das Positive herausstreichen und sagen, welche Möglichkeiten und Chancen Brüssel bietet.

ZUR PERSON



Werner Engl

GMTN, Gewerkschaft Metall-Textil-Nahrung, er ist seit 28 Jahren stv. Vorsitzender des Arbeiterbetriebsrates von General Motors und auch Mitglied des Europäischen Betriebsrates von GM.

Was würdet ihr euch von einer zukünftigen europäischen Parlamentarierin erwarten? Was sollte sie für eure spezielle Branche tun – für die Automobilindustrie, die von der Krise betroffen ist, für das Gesundheits- und Sozialwesen, das als Hoffnungsträger gilt – bzw. für die Jugend, die momentan schlechte Chancen am Arbeitsmarkt hat?

Helga Hromada: Der Gesundheits- und Sozialbereich betrifft uns alle. Die Menschen wollen, dass ihre Altersversorgung und ihre Gesundheitsversorgung ab-

ZUR PERSON



René Pfister

GPA-djp-Bundesjugendvorsitzender der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier, Mitglied des GPA-Präsidiums und Betriebsrat bei Austrian Airlines.

Die Europäische Union kann als Schutzschild wirken. Und das Europäische Parlament ist durch seine demokratische Legitimierung sicherlich die arbeitnehmerInnenfreundlichste Institution in der EU und steht hinter den ArbeitnehmerInnen!



gesichert sind und nicht in der Marktwirtschaft aufgehen. Die Privatwirtschaft hat die gewinnträchtigen Bereiche des Gesundheitswesens für sich entdeckt – wir befürchten aber, dass dabei die Grundversorgung bzw. die nicht so lukrativen Bereiche auf der Strecke bleiben. Die PatientInnenmobilität in Europa darf nicht dazu führen, dass die Zweiklassenmedizin überhand nimmt. Mein zweites großes Anliegen sind die Beschäftigten im Gesundheitswesen. Hier müssen wieder die Menschen im Mittelpunkt stehen, nicht nur die Wirtschaftlichkeit.

Evelyn Regner: Ich möchte den Aspekt der Qualität im Gesundheitswesen besonders unterstreichen. PatientInnenmobilität darf auf keinen Fall die Qualität mindern, indem man aus Kostengründen bei den Beschäftigten spart, z. B. durch Ausgliederungen. Das Gesundheitswesen gehört zu den öffentlichen Dienstleistungen, in anderen Branchen, wie bei der Post, wurde in letzter Zeit liberalisiert. Beim Gesundheitswesen darf es dazu nicht kommen, hier muss es in der EU einen allgemein verbindlichen Rahmen geben, es müssen Qualität, allgemeine Zugänglichkeit und Universalität festgeschrieben werden. Dafür werde ich mich mit aller Kraft einsetzen.

Ein weiterer Aspekt, gerade jetzt in der Krise, sind öffentliche Investitionen – nationale und europäische –, ich denke da an die Altenpflege, die Gesundheitsversorgung und die Kinderbetreuung. Hier muss einerseits gesamteuropäisch gedacht werden, zugleich regional gehandelt werden. Die Beschäftigungsbedin-

gungen der Menschen im Gesundheitswesen sind uns ein großes Anliegen.

Werner Engl: Wir haben bei General Motors vor 13 Jahren den Euro-Betriebsrat gegründet, damals war das noch ein Pilotprojekt. GM hat in zehn Ländern vierzehn Werke, der Eurobetriebsrat trifft sich bis zu neunmal im Jahr, das ist viel öfter als sonst üblich. GM ist bei den Eurobetriebsräten **Benchmark**. Wir haben einen tollen Standard erreicht, wo das Gemeinsame siegt, wir sind hervorragend aufgestellt.

Nun ist aber die Krise da. Uns ist klar: Es kann keine direkten Förderungen geben. Aber Opel ist nicht durch Eigenverschulden in die Krise gekommen, sondern durch das Finanzdesaster in Amerika und auch bei GM. Wir bräuchten nun Bürgschaften für Kredite. Unser Ziel wäre, dass jedes Land, in dem ein Opel- oder GM-Werk steht, auf nationaler Ebene Bürgschaften für Kredite übernimmt.

Zurzeit suchen wir einen Investor. Wir sind in Aspern eine eigene Gesellschaft, »Powertrain«, zugleich eine GM-Tochter. Da wir 90 Prozent unserer Produkte für Opel erzeugen, wollen wir bei einer Ausgliederung zu Opel gehören, das ist unser Zukunftsplan. GM sollte nur noch eine Minderheitsbeteiligung haben.

Wir brauchen hier nun von der EU positive Signale. Was plant Europa für die Autobranche?

Evelyn Regner: Die **SPE**-Fraktion will die Wahl des künftigen Kommissionspräsidenten und seines Teams von Bedingungen abhängig machen. Unsere Forderung: Die sozialen Grundrechte müssen

Vorrang vor dem Binnenmarkt haben! Die Konjunkturpakete gegen die Krise und die Versprechen für die Beschäftigten sind bislang leider nur sehr punktuell, viele Betroffene merken nichts davon.

Wir brauchen ein klares Bekenntnis zum Vorrang von sozialen Grundrechten bei jeder Budgetmaßnahme und jedem Konjunkturpaket – wir müssen immer nachfragen, was bedeutet das konkret für die ArbeitnehmerInnen? Das heißt, man muss genau auf die Umsetzung schauen, auf die realen Auswirkungen.

Das müssen wir als Abgeordnete einfordern. Wir werden politischen Druck erzeugen, auch dort, wo wir die Entscheidungen nicht selbst treffen können. Die Europäische Union kann als Schutzschild wirken. Und das Europäische Parlament ist durch seine demokratische Legitimierung sicherlich die arbeitnehmerInnenfreundlichste Institution in der EU und steht hinter den ArbeitnehmerInnen!

René Pfister: Gerade die Jugendlichen sind von der Krise ganz besonders betroffen. Es gibt deutlich weniger Ausbildungsplätze, der Arbeitsmarkt bleibt für zu viele junge Menschen verschlossen. Als ein warnendes Beispiel möchte ich die Jugendkrawalle in Frankreich anführen, solche Probleme werden durch die Krise noch verstärkt werden.

Unser kapitalistisches System in seiner Ausprägung ist gescheitert, da es keine Antwort für junge Menschen zu bieten hat. Was sollen wir einem Jugendlichen sagen, der keine Möglichkeit hat, einen Ausbildungsplatz zu bekommen oder dessen Eltern den Schulbesuch nicht finan-

WEBLINKS

Videoblog Evelyn Regner:
videoblog.spoee.at/tags/Evelyn+Regner

zieren können, weil sie sich selbst das Leben nicht mehr leisten können?

Was kannst du im Parlament für die Jugendlichen tun? Z. B. gibt es in Österreich eine Ausbildungsgarantie bis 18 Jahre – könnte das nicht auch europaweit angeboten werden? Hier brauchen wir Antworten! Europaweit braucht die Jugend Perspektiven.

Evelyn Regner: Der Druck auf die jungen Leute ist enorm. Sie sollen in Schule und Beruf erfolgreich sein und eine Familie gründen, zugleich sehen sie überall nur unsichere Zukunftsaussichten. Was können wir dem entgegensetzen? Ich denke, unser **duales Ausbildungssystem** in Österreich ist wirklich sehr gut. Es bietet jungen Menschen nicht nur Zukunftsperspektiven, sondern nimmt auch die ArbeitgeberInnen in die Verantwortung – das scheint mir ein wesentlicher Punkt. Denn nur für den Markt produzieren ist zu kurzfristig. Die EU muss daher massiv in Ausbildung investieren.

Wir haben auch europaweite konkrete Ziele, z. B. die Anzahl der SchulabbrecherInnen zu reduzieren. Es hakt jedoch an der nationalen Umsetzung. Vieles von dem, was in Brüssel initiiert wird, bleibt auf nationaler Ebene stecken! Ein anderes Beispiel für diese Problematik ist die Gleichstellungspolitik: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Das steht seit 50 Jahren festgeschrieben. Nur: Wir kennen alle die aktuellen Zahlen zur Einkommensschere – also wo bleibt die Umsetzung?

Auch hier wieder ist es noch das Prinzip »erst der Markt«. Das verhindert, dass ja eigentlich die Beschäftigungspolitik Priorität haben sollte. Ich denke, es braucht endlich eine Kampfansage an die bisherige Politik, die sich nur am Markt orientiert!

Was macht Brüssel falsch, was müsste sich ändern?

Helga Hromada: Für mich schließt sich hier der Kreis bei allen Anliegen, die wir

haben – zuerst der Mensch, und dann der Markt! Es müsste wieder der Mensch im Mittelpunkt stehen! Es bräuchte endlich eine Wende, eine Umkehr, weg von der reinen Wirtschaftlichkeit, hin zu neuen Werten. Europa ist reich und kann sich Bildung, Jugend, Altersversorgung, Gesundheit und Arbeitsplatzsicherung leisten. Wenn in der Öffentlichkeit öfter zu hören wäre, dass in Europa die BürgerInnen und ihre Lebensqualität im Mittelpunkt stehen, würde das schon viel helfen! Auch mehr Transparenz wäre gefragt.

Werner Engl: Ich glaube, wir hatten 1995 zu große Erwartungen in die EU! Das ist dann irgendwann gekippt und in Enttäuschung gemündet. Was die Gewerkschaften in Europa angeht, so nehme ich sie als zu uneinig wahr, die gemeinsame Linie fehlt oft.

Evelyn Regner: Das sehe ich anders. Natürlich haben die einzelnen Ländergewerkschaften unterschiedliche Schwerpunkte. Aber wenn es um handfeste Verbesserungen geht, gibt es kaum Widersprüche! Bei konkreten Zielen wie z. B. Richtlinien für die LeiharbeiterInnen oder die Arbeitszeit, sind sich die europäischen Gewerkschaften sehr einig.

René Pfister: Wir sollten weniger über Gurkenkrümmungen oder Privilegien der EU-Beamten diskutieren, dafür mehr und konkreter über die Sozialunion reden und die EU in die richtige Richtung lenken. Wir brauchen eine Politik für die ArbeitnehmerInnen und weniger Lobbying der multinationalen Konzerne in Brüssel. Alle paar Jahre während des Wahlkampfes steht die EU im Mittelpunkt. Die restliche Zeit passiert recht wenig. Es wäre gerade für junge Menschen wichtig, dass die PolitikerInnen aus Brüssel öfter den Kontakt zu den Leuten suchen, Betriebe besuchen usw. So könnte man die europäische Politik transparent machen. Mit solchen einfachen Mitteln könnte man viel bewirken – nicht zuletzt ließe sich verhindern, dass sich das Bild der Menschen von Europa auf »die da in Brüssel« reduziert!

Evelyn Regner: Meine Bitte an euch wäre, eben auch Interesse an Europa zu zeigen. Ich bin sehr daran interessiert, Eu-

ropa zu den Menschen zu bringen, aber dafür braucht es auf der anderen Seite eben auch eine entsprechende Offenheit.

Wir sind bei der EU seit 1995 – sind wir als ÖsterreicherInnen schon in der EU angekommen?

Evelyn Regner: Wir haben an einer ÖGB-Kampagne zur EU-Wahl gearbeitet. Als Slogan haben wir »Wähle dein Europa« gewählt. Daraus entstand dann eine spannende Diskussion: Identifizieren wir uns eigentlich mit Europa? »Es ist auch dein Österreich« wäre für uns alle völlig klar als Bekenntnis. Aber bei der EU haben wir doch noch Zweifel und stellen dann rasch alles in Frage – insofern sind wir noch nicht hundertprozentig angekommen in Europa, fürchte ich.

Helga Hromada: Uns geht es sehr gut, und wir haben oft zu viel Angst, etwas zu verlieren. Es wundert mich, dass nicht mehr junge Menschen Interesse an der EU haben und versuchen, in Europa heranzukommen. Hier könnte die Schule mehr tun, aber auch die Medien. Der Blick über den Tellerrand wäre gefragt.

Werner Engl: Der Betriebsbesuch von Kollegen Swoboda hat sehr viel gebracht. Es sollte noch viel mehr solche Gelegenheiten geben, mit europäischen Politikern zu diskutieren. Das wünsche ich mir.

René Pfister: Ich komme aus der AUA – ohne internationale Vernetzung würden wir vom Bodensee bis zum Neusiedler See fliegen. Auch in der Gewerkschaftsjugend wollen wir uns über Europa informieren. Wir müssen mehr jungen Menschen Gelegenheit geben, sich zu vernetzen und Europa besser kennenzulernen. Nur so werden wir lernen, einander besser zu verstehen.

Das Gespräch führte Barbara Lavaud für Arbeit&Wirtschaft.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
 an die Redaktion
aw@oegb.at

Mit einer Stimme in Europa

Vor mehr als 35 Jahren wurde der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) gegründet. Seither hat er seine Mobilisierungsfähigkeit oft bewiesen.

Die Gewerkschaftsbewegung ist seit 1945 auch Stimme der ArbeitnehmerInnen in der Europapolitik. Es gab aber lange ein Nebeneinander von Europaorganisationen verschiedener weltanschaulicher und politischer Richtungen – nicht nur durch die Teilung in »West« und »Ost«. 1973, als sich große Schritte zu einer Integration (West-)Europas abzeichneten, wurde der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) gegründet. Obwohl sich damals noch niemand den Zusammenbruch des kommunistischen Blocks in absehbarer Zeit vorstellen konnte, hatte der EGB von Anfang an das Ziel, ein Einheitsgewerkschaftsbund für ganz Europa zu sein. Er stand allen nationalen Gewerkschaftsbünden unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung und der EWG/EU-Mitgliedschaft ihres Landes offen. Seitdem gilt: Alle selbstständigen von Parteien und Regierungen unabhängigen Gewerkschaften können Mitglieder des EGB werden. Wenn zwei von ihnen aus einem Land kommen, müssen sie als EGB-Mitglieder bereit sein, auf europäischer Ebene zusammenzuarbeiten.

1974 traten zwölf christliche Gewerkschaftsverbände bei, ab 1974 folgten die kommunistischen Gewerkschaftsbünde Italiens, Spaniens und Frankreichs. Ab 1989 schlossen sich auch immer mehr Gewerkschaften aus Mittel- und Osteuropa dem EGB an. 2008 vereinigte der EGB 82 nationale Gewerkschaftsbünde, die 60 Millionen Mitglieder repräsentierten. Die Organisationsreform 1991 machte die mittlerweile zwölf »Europäischen Industrieverbände« (EIF), also die europäischen Berufsinternationalen, zu Vollmitgliedern des EGB. Mit der Errichtung der



Demonstration vor dem EU-Parlament in Straßburg am 14. Februar 2006, auch mit einer starken ÖGB-Delegation. Es war ein erster Höhepunkt in der erfolgreichen Kampagne des Europäischen Gewerkschaftsbundes gegen Sozialdumping-Bestimmungen in der neuen EU-Dienstleistungsrichtlinie.

»Interregionalen Gewerkschaftsräte« wurde eine Struktur für die Zusammenarbeit der Gewerkschaften in Grenzregionen geschaffen.

Eine der Aufgaben des EGB ist das Lobbying bei den Institutionen und Organen der EU. Er ist von der EU und dem Europarat als einzige übergreifende ArbeitnehmerInnenvertretung auf europäischer Ebene anerkannt. Der EGB hat die Möglichkeit der Abänderung von Vorschlägen der EU-Kommission sowie der Mitformulierung der Initiativanträge des Wirtschafts- und Sozialausschusses der EU. Der »Soziale Dialog«, der 1985 mit mehreren Treffen zwischen SpitzenvertreterInnen des EGB und der europäischen ArbeitgeberInnenverbände begann, war mühsam,

brachte aber ab den 1990er-Jahren erste Erfolge. Bedeutende Richtlinien wurden erkämpft, wie zum Beispiel schon 1994 die Richtlinie über die Einführung der Europäischen Betriebsräte. Der Soziale Dialog führte mittlerweile zu verbindlichen europäischen Rahmenvereinbarungen, etwa im Jahr 2000 über Telearbeit. In einer Reihe von Großdemonstrationen gegen die Zerstörung des Sozialstaats, an denen eine große Zahl von GewerkschafterInnen aus den Mitgliedsbünden teilnahm, konnte der EGB auch seine Mobilisierungsfähigkeit immer wieder unter Beweis stellen.

Dr. Brigitte Pellar
brigitte.pellar@aon.at

Soziales Europa wählen

Das EU-Parlament war in der zu Ende gehenden Legislaturperiode häufig eine wichtige Stütze für das Soziale Europa.

Autor: Oliver Röpke

Leiter des ÖGB-Europabüros

Am 7. Juni finden in Österreich die EU-Wahlen statt – oder doch nicht ganz? Es wird nicht »die EU« gewählt, sondern das Europäische Parlament, also die Volksvertretung, die neben der EU-Kommission und den nationalen Regierungen im Rat über die Politik der EU mitbestimmt, aber eben nicht allein entscheidet. Diese Unterscheidung ist wichtig, geht es doch aus gewerkschaftlicher Sicht darum, die Interessen der ArbeitnehmerInnen wieder in den Mittelpunkt zu stellen. Eine differenzierte Sicht zeigt, dass zumindest Teile des Parlaments in den vergangenen Jahren deutliche Verbesserungen für die ArbeitnehmerInnen erreichen konnten. Für die neue Wahlperiode steigt die Bedeutung der EU-Volksvertretung nochmals, stehen doch wichtige politische Weichenstellungen an.

Hier gilt: Genau hinschauen, wie im Parlament abgestimmt wurde. In der nach fünf Jahren ablaufenden Legislaturperiode hat das EU-Parlament häufig die Anliegen der ArbeitnehmerInnen maßgeblich unterstützt – oft im gemeinsamen Vorgehen mit den Gewerkschaften gegen Kommission und Rat. Das zeigen drei beispielhaft ausgewählte Fälle.

Dienstleistungsrichtlinie

Der 2004 vorgelegte und nach dem damaligen Binnenmarktkommissar auch

»Bolkestein-Richtlinie« genannte Vorschlag zielte auf den schrankenlosen Verkehr von Dienstleistungen in der EU ab. Nach diesem Modell hätte das »Herkunftslandprinzip« gegolten: Dienstleistungsanbieter hätten nur die Vorschriften ihres Herkunftslandes beachten müssen, nicht jedoch des Staates, in dem sie tätig sind. Ein Dumping der Sozial- und Qualitätsstandards wäre die Folge gewesen. Das EU-Parlament schwächte wichtige Bereiche der Dienstleistungsrichtlinie entscheidend ab: Ohne das EU-Parlament (und ohne den massiven Protest der Gewerkschaften!) wäre von Rat und Kommission dagegen eine Richtlinie verabschiedet worden, die einen schrankenlosen Wettbewerb ohne Rücksicht auf soziale Kriterien gebracht hätte.

Arbeitszeitrichtlinie

Nach dem Willen der Mitgliedsstaaten sollte die geltende EU-Arbeitszeitrichtlinie massiv verschlechtert werden. Die Folgen wären gewesen: schlechtere Bestimmungen für Bereitschaftsdienste und ein Festschreiben des Opt-Out, das eine Wochenarbeitszeit von 65 Stunden und mehr erlaubt. Mit an der Spitze jener Länder, die eine Verschlechterung wollten, war übrigens jahrelang Österreich mit dem damaligen Wirtschafts- und Arbeitsminister Bartenstein. Das EU-Parlament forderte dagegen von Anfang an ein ersatzloses Auslaufen des Opt-Out, damit eine starke Arbeitszeitrichtlinie für alle ArbeitnehmerInnen in der EU gilt. Das Parlament blieb auch im Vermittlungsverfahren im April hart: Die Richtlinie bleibt also dank EU-Parlament

WEBLINKS

Homepage des Europäischen Parlaments
www.europarl.europa.eu/

und dem massiven Protest der Gewerkschaften vorerst unverändert. Interessantes Detail am Rande: Für die Abschaffung des umstrittenen Opt-Out stimmten die sozialdemokratischen SPE-Abgeordneten sowie die Grünen fast geschlossen, während es bei der konservativen EVP eine deutliche Mehrheit für dessen Beibehaltung gab (165 gegen 85).

Neue EBR-Richtlinie

Seit 1999 forderten die Gewerkschaften immer wieder, die längst fälligen Verbesserungen der Informations- und Anhörungsrechte für Europäische Betriebsräte in Angriff zu nehmen. Erst im Jahr 2008 legte die Kommission einen Vorschlag vor, doch dann ging alles sehr schnell: Die Sozialpartner einigten sich über Kernpunkte einer Neufassung der Richtlinie, das Parlament konnte anschließend sogar noch einige Verbesserungen für die ArbeitnehmerInnen durchsetzen. Ergebnis: Noch 2008 gab es eine Einigung über eine neugefasste EBR-Richtlinie, die bis 2011 umgesetzt werden muss. Auch hier konnten sich die Gewerkschaften in erster Linie auf die sozialdemokratischen und grünen Abgeordneten verlassen, die geschlossen für die neue EBR-Richtlinie stimmten, während die EVP sich mehrheitlich enthielt.



Das EU-Parlament forderte von Anfang an ein ersatzloses Auslaufen des Opt-Out, damit eine starke Arbeitszeitrichtlinie für alle ArbeitnehmerInnen in der EU gilt.

Die Bedeutung des neuen EU-Parlaments wird nochmals steigen, denn wichtige politische Entscheidungen stehen auf der politischen Tagesordnung. Umso entscheidender ist es aus gewerkschaftlicher Sicht, bei der EP-Wahl jene zu stärken, denen die Interessen der ArbeitnehmerInnen dabei das zentrale Anliegen sind. Übrigens kandidiert die langjährige Leiterin des ÖGB-Europabüros, Evelyn Regner, auf der Liste der SPÖ.

Kernanliegen von ÖGB und EGB

Im Herbst wird das Mandat der gegenwärtigen Barroso-Kommission auslaufen. Eine neue EU-Kommission benötigt die Bestätigung durch das neue EU-Parlament: Eine gute Gelegenheit, die eher neoliberale politische Ausrichtung der Kommission zu verändern. So hat die SPE-Fraktion kürzlich beschlossen, eine neue Kommission nur dann zu unterstützen, falls »eine grundlegende und soziale Neuorientierung der Kommissionspolitik erfolgt«. Im Einzelnen werden konkrete Forderungen genannt, die auch Kernanliegen von ÖGB und EGB sind:

- Eine neue Entsenderichtlinie, die in der EU lückenlosen Schutz vor Lohn- und Sozialdumping gewährleistet: »Gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort.« Bislang wehrt sich die EU-Kommission noch strikt gegen eine Änderung der Richtlinie.

- Ein soziales Fortschrittsprotokoll soll in den EG-Vertrag eingefügt werden. Damit soll im Zweifel der Vorrang von so-

zialen Grundrechten vor den wirtschaftlichen Freiheiten des Binnenmarktes festgeschrieben werden, um die teilweise skandalöse Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs zu ändern.

- Alle Vorschläge der neuen EU-Kommission sollen in Zukunft vorweg auf ihre sozialen Konsequenzen überprüft werden.

Das neue EU-Parlament wird auch mitentscheiden, ob Hedgefonds und private Beteiligungsgesellschaften in Zukunft endlich wirksam kontrolliert werden. Die kürzlich von der Kommission vorgelegten Vorschläge sind keineswegs überzeugend: So sollen nur die Fondsmanager selbst reguliert werden, die Fonds aber weitgehend unangetastet bleiben. Hedgefonds könnten damit auch bedenkliche Investitionsstrategien weiter ungehindert verfolgen. Dies zeigt: Die derzeitige **Barroso-Kommission** hat ihre Hausaufgaben nicht gemacht und zieht immer noch keine Konsequenzen aus der tiefen Krise und dem Scheitern ihres neoliberalen Deregulierungsmodells. Es liegt nun am neuen Parlament, hier wieder einmal korrigierend einzugreifen.

Wählen = mitentscheiden

Das EU-Parlament hat seine Mitgestaltungsrechte in der vergangenen Wahlperiode also durchaus als soziales Korrektiv gegenüber Kommission und Mitgliedsstaaten genutzt. Seine Kompetenzen würden mit dem Reformvertrag von Lissabon noch weiter steigen. Deshalb sind gerade die Wahlen zum EU-Parlament

KURZ GEFASST

- Das EU-Parlament hat in der vorigen Wahlperiode unter anderem eine starke Arbeitszeitrichtlinie verteidigt, eine neue Richtlinie für LeiharbeiterInnen beschlossen, Verbesserungen für Europäische BetriebsräteInnen erreicht und die Dienstleistungsrichtlinie entschärft.

- Das neue Parlament wird für die ArbeitnehmerInnen wichtige Weichen stellen: die Bestätigung einer neuen EU-Kommission, eine effektive Regulierung der Finanzmärkte, die Forderung nach einem sozialen Fortschrittsprotokoll gegen das soziale Ungleichgewicht in der EU, die Änderung der Entsenderichtlinie.

- Deshalb: Nur wer am 7. Juni vom Wahlrecht Gebrauch macht, kann das Soziale Europa stärken!

eine denkbar schlechte Gelegenheit, den Frust über die oftmals verfehlte EU-Politik gerade an jenen auszulassen, die noch am ehesten für die sozialen Interessen der ArbeitnehmerInnen stehen. Eine soziale Stärkung des EU-Parlaments bedeutet eine Stärkung der sozialen Korrektivfunktion.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
oliver.roepke@oegb-eu.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Enorme Unterschiede

Das EU-Projekt »Towards a Trade Union Erasmus« ermöglicht GewerkschafterInnen, die Arbeit ihrer KollegInnen in anderen EU-Ländern kennenzulernen.

Autorin: Astrid Fadler

Freie Journalistin

Was haben GewerkschafterInnen in Spanien, Schweden und Österreich gemeinsam? Überspitzt formuliert: den Kampf gegen die Auswirkungen der Wirtschaftskrise und Nachwuchssorgen. Ansonsten sind die Voraussetzungen für die tägliche Arbeit doch (noch) ziemlich unterschiedlich.

Schnuppern in Schweden

Drei Wochen lang war Kajetan Uriach, Salzburger Landessekretär der Gewerkschaft vida, in Schweden, eine Woche in Norwegen. »Ich wollte bewusst in ein Land, von dem ich als österreichischer Gewerkschafter vielleicht noch etwas lernen kann. Und es war tatsächlich ein sehr interessanter Aufenthalt.« Sozialpartnerschaft wird in Schweden groß geschrieben.

Die Gewerkschaft wird als gleichwertiger Gesprächspartner und nicht als Gegner betrachtet. So manches, wofür in Österreich ein Gesetz nötig ist, wird in Schweden mittels General-Kollektivvertrag vereinbart, beispielsweise auch Pensionen. »Etwas per Gesetz zu regeln ist praktisch der allerletzte Ausweg.« Bei sehr schwierigen KV-Verhandlungen haben beide Gesprächspartner die Möglichkeit, das Mediations-Office, eine staatliche Schlichtungsstelle mit einzubeziehen. Mit dem Abschluss eines Kollektivvertrags garantieren die Gewerkschaften

dann praktisch, dass während seiner Gültigkeitsdauer – in der Regel zwei bis drei Jahre – nicht gestreikt wird.

Vorzeigemodell Sozialpartnerschaft

In Spanien hingegen gibt es das Wort Sozialpartnerschaft überhaupt nicht. Enrique Gil, Gewerkschafter in einem spanischen Airbus-Montagewerk, war im vergangenen April in Österreich und wünscht sich eine ähnliche Einrichtung auch für sein Heimatland. Wobei die Umsetzung von Vereinbarungen in der Praxis dann trotzdem schwierig werden könnte: »In Spanien gibt es noch sehr viele Kleinbetriebe mit bis zu fünf MitarbeiterInnen. Das macht die Umsetzung und Kontrolle zum Beispiel von Sicherheitsvorschriften schwierig. Rein theoretisch haben wir schon sehr gute Gesetze, auch was den ArbeitnehmerInnenschutz betrifft.«

Schweden hat einen sehr hohen Anteil an Großunternehmen, häufig auch Niederlassungen internationaler Konzerne. »Wettbewerb gilt dort nicht an sich als etwas Schlechtes, es kommt nur auf die Bedingungen an«, so Uriach. »Bei Ausschreibungen beispielsweise sind meist auch soziale Kriterien mitentscheidend.«

So wurden auch in Schweden in den vergangenen Jahren sehr viele Aufgaben der Gemeinden ausgegliedert. Der öffentliche Nahverkehr in Stockholm wird derzeit von zwei französischen Firmen abgewickelt, ab 2011 wird das ein chinesisches Unternehmen übernehmen. Ausschreibungskriterien waren unter anderem, dass kein Personal abgebaut wird und die be-

FACTS & FIGURES

Lange Zeit gab es das **EU-Austauschprogramm »Erasmus«** nur für Studierende. Seit September 2008 haben auch BetriebsrätInnen die Möglichkeit zu grenzüberschreitendem Erfahrungsaustausch und Netzwerkaufbau innerhalb Europas. Neben EGB, zwei europäischen Branchenverbänden und Gewerkschaften aus acht EU-Ländern sind daran auch der ÖGB, vida und GPA-djp beteiligt.

In Schweden gibt es drei große Gewerkschaftsdachverbände: LO für die ArbeiterInnen, TCO für die Angestellten und SACO für die AkademikerInnen.

In Spanien sind die Gewerkschaften stärker mit den politischen Parteien verbunden, außerdem gibt es im Baskenland eigene Organisationen. Die ursprünglich kommunistische, 1960 gegründete und anfangs illegale CC.00 (Comisiones Obreras) ist die größte Gewerkschaft Spaniens (1,4 Mio. Mitglieder) und heute an keine Partei mehr gebunden.

stehenden Kollektivverträge übernommen werden.

Der Kampf gegen die Auswirkungen der Wirtschaftskrise erfolgt in beiden Ländern unterschiedlich. In Spanien herrscht derzeit mit mehr als 17 Prozent die höchste Arbeitslosigkeit seit es Aufzeichnungen gibt. Gil: »Ich befürchte, dass wir die Talsohle noch nicht erreicht haben. Die Auswirkungen der fehlgeleiteten Wirtschaftspolitik, die zu sehr auf die Bauwirtschaft gesetzt hat statt auf moderne Technologie, sind noch nicht vor-



Enrique Gil, Gewerkschafter in einem spanischen Airbus-Montagewerk, war im vergangenen April in Österreich und wünscht sich eine ähnliche Einrichtung wie die Sozialpartnerschaft auch für sein Heimatland.

bei. Wir erwarten noch weitere 1,5 Millionen Arbeitslose, für die ein soziales Netzwerk geschaffen werden muss.« Bei Airbus selbst setzt man zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit schon länger auf Lean Management, was langfristig Arbeitsplätze sichert. Bei der Ausarbeitung entsprechender Maßnahmen war die Gewerkschaft entscheidend beteiligt.

In Schweden gab es angesichts der Wirtschaftskrise in der Autoindustrie bereits einen – stark kritisierten – Kollektivvertragsabschluss, wo Lohnverzicht als Beitrag zur Arbeitsplatzsicherung nicht mehr ausgeschlossen wurde. Außerdem haben die Gewerkschaften gegen die Auswirkungen der Europäischen Dienstleistungsrichtlinie zu kämpfen. Aktuell hat vor kurzem der Dachverband der Arbeitergewerkschaften LO (Landsorganisation) einen Lohndumping-Prozess gegen eine lettische Baufirma verloren.

Gesprächsbereitschaft wird in Schweden zwar großgeschrieben, aber im Ernstfall sind die Gewerkschaften auch zu Kampfmaßnahmen bereit. Uriach: »Ein sechswöchiger Streik im Gesundheitswesen – in Österreich fast undenkbar – wurde ein Jahr lang penibel vorbereitet und endete schließlich mit vier Prozent statt 2,5 Prozent Lohnerhöhung. Trotzdem waren viele Mitglieder mit diesem Ergebnis nicht ganz zufrieden.«

Vorbild Schweden?

Mit ein Grund für die Stärke der schwedischen Gewerkschaften ist der enorm hohe Organisationsgrad von derzeit 70 Prozent (Österreich: ca. 35 Prozent, Spanien 16 Prozent).

Wie erklären sich diese Werte? Uriach: »Bei uns denkt heute niemand mehr daran, dass Sozialleistungen wie Krankenversicherung und Arbeitslosengeld von den Gewerkschaften erkämpft wurden. In Schweden hingegen zahlt die Gewerkschaft Arbeitslosenunterstützung aus.« Vom Staat erhalten Arbeitssuchende nur einen kleinen Betrag ungefähr unserer Notstandshilfe entsprechend. Die Gewerkschaft zahlt – falls man davor den entsprechenden, leicht erhöhten Beitrag geleistet hat – einen Arbeitslosenzuschuss. In Summe erhalten schwedische ArbeitnehmerInnen dann bis zu 85 Prozent des Leistungsbezugs. »Die Leistungen der Gewerkschaft sind also besser sichtbar als bei uns«, so Uriach. Es gibt außerdem noch zusätzliche Angebote der Gewerkschaften wie Haushalts- oder Lebensversicherungen. »In Österreich ist es ja leider so, dass die Position der ArbeitnehmerInnenvertretungen sukzessive geschwächt wurde – zuletzt beispielsweise im Zuge der Krankenkassen-Sanierung, bei der die Arbeitgebervertretung deutlich gestärkt wurde. «Außerdem wird der anrechenbare Zeitaufwand schwedischer Betriebsräte nach der Zahl der Mitglieder bemessen. Das inspiriert natürlich dazu, neue Mitglieder zu gewinnen, was wiederum vor allem durch gute Leistungen gelingt. Uriach: »Auch hier könnten wir von den Schweden lernen. Dieses System wäre durchaus auch in Österreich praktikabel.«

Nachwuchs-BetriebsrätInnen zu finden ist allerdings auch in Schweden nicht ganz einfach. Vor allem bei jungen, gebildeten und gut verdienenden ArbeitnehmerInnen stehen die Gewerkschaften

W E B L I N K S

Institut für qualitative Arbeits- und Lebensforschung
equal.rokell.com

nicht mehr so hoch im Kurs. Noch vor einigen Jahren betrug der Organisationsgrad in Schweden 80 Prozent. Unter anderem wird versucht, mit Hilfe der Gewerkschaftsklubs vor Ort junge Leute direkt anzusprechen. Im Übrigen sind die schwedischen Gewerkschaften – sowohl bei den BetriebsrätInnen als auch in Gremien – weiblich dominiert.

Jüngere, Frauen und MigrantInnen

In Spanien ist trotz der niedrigen Mitgliederzahlen die CC.OO die wichtigste Jugendorganisation überhaupt, unter anderem auch, weil es spezielle Einrichtungen wie beispielsweise die Gewerkschaftsjugend nicht gibt. Angestrebt wird übrigens nicht nur eine allgemeine »Verjüngung«, sondern auch die verstärkte Einbindung von Frauen und MigrantInnen.

K O N T A K T

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
afadler@aon.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Die neue EBR-Richtlinie

Die neue Richtlinie zum Europäischen Betriebsrat wird nicht vor 2011 in Kraft treten. Schon jetzt muss sie mit Leben erfüllt werden.

Autor: Wolfgang Greif

Abteilungsleiter Europa, Konzerne & Internationale Beziehungen in der GPA-djp

Was viele kaum mehr erwartet haben, ist Ende 2008 doch geschehen: Nach zähem Ringen zwischen den EU-Sozialpartnern und schwierigen Verhandlungen in den EU-Institutionen kam es zur Einigung über die Neufassung der Richtlinie 94/45/EG zum Europäischen Betriebsrat (EBR). Dabei wurden v. a. auf Druck des Europäischen Parlamentes wesentliche Nachbesserungen zum eher moderaten Vorschlag der Kommission durchgesetzt.

Anpassung nach 15 Jahren

Die neue EBR-Richtlinie wird den Text aus dem Jahr 1994 ersetzen, ist aber noch nicht rechtswirksam. Nun beginnt der Prozess der Umsetzung des europäischen Rahmenrechts in die Arbeitsrechtsordnungen der Mitgliedsstaaten. Die neue Rechtsgrundlage wird somit nicht vor Frühsommer 2011 wirksam. Ab dann gelten neue Verfahrensregeln für neu einzurichtende Euro-Betriebsräte ebenso wie neue Rechtsansprüche für EBR-Mitglieder und die Bestimmungen hinsichtlich der Anpassungsklausel für bestehende EBR.

Die Neuregelungen betreffen im Wesentlichen

- einige neue Bestimmungen zum Verfahrensrecht bei der Einrichtung künftiger EBR (u. a. verschärfte Pflicht der Unter-

nehmen zur Information über Unternehmensdaten sowie Neuregelungen zum Gremium bei Verhandlung mit der zentralen Unternehmensleitung);

- einige Verbesserungen hinsichtlich der Stellung der Arbeitnehmervertretungen (u. a. frühzeitige Einbindung der Gewerkschaften beim EBR-Gründungsprozess);

- mehrere neue Bestimmungen zur effektiveren Gestaltung der Arbeit im EBR (u. a. zusätzliche Vorgaben über zwingende Inhalte, die in EBR-Vereinbarungen enthalten sein müssen, ein Weiterbildungsanspruch für EBR-Mitglieder und Klarstellungen zur Beteiligung der Arbeitnehmervertretungen auf nationaler und europäischer Ebene);

- Verbesserungen bei den Definitionen von Unterrichtung und Anhörung (v. a. die Klarstellung, dass die Meinung des EBR bereits vor der Entscheidung und nicht erst vor der Umsetzung einer Unternehmensentscheidung gegeben werden muss);

- schließlich erhalten bestehende EBR das Recht zu Neuverhandlungen bei wesentlichen Strukturänderungen im Unternehmen, wenn eine praktikable Information und Anhörung aller ArbeitnehmerInnen nicht mehr gewährleistet ist).

Folgende gewerkschaftliche Forderungen blieben aufgrund des bis zuletzt spürbaren und weitergehende Änderungen boykottierenden Lobbyings der europäischen Arbeitgeberorganisationen im Zuge der EBR-Revision ganz oder teilweise unerfüllt: effektive Bestimmungen zu Sank-

tionen bei Verstößen gegen die Richtlinie; Aufhebung von Beschränkungen bei Anwendung der Richtlinie (Schwellenwerte, **Tendenzschutz**); Verkürzung der Verhandlungsfrist bei EBR-Gründungen; mehr ordentliche Sitzungen pro Jahr.

Stärkung der Beteiligungsrechte

Die Verabschiedung der neuen EBR-Richtlinie ist trotzdem als ein Erfolg jener Kräfte zu sehen, die für eine Stärkung der Beteiligungsrechte von Beschäftigten eintreten. Somit ist ein neuer Standard für Arbeitnehmermitwirkung in europäischen Konzernen gesetzt. Es liegt ein neuer Werkzeugkasten mit teilweise nachjustierten Geräten vor. Es bleibt zu hoffen, dass die neu gefasste Richtlinie auf beiden Feldern Fortschritte bringt: Bei der verbesserten Umsetzung, d. h. vermehrten EBR-Gründungen, ebenso wie bei der Weiterentwicklung in der EBR-Praxis selbst. Jetzt heißt es, mit neuen Möglichkeiten eine verbesserte praktische Umsetzung der Beteiligungsrechte anzugehen. In erster Linie heißt das, die Nachbesserungen in bestehende EBR-Vereinbarungen zu integrieren und somit zur konkreten rechtlich bindenden Pflicht für die Unternehmensleitungen zu machen.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
wolfgang.greif@gpa-djp.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Gut vertreten in Brüssel

Das ÖGB-Europabüro setzt auch mittels neuer Website auf noch bessere Interessenvertretung und noch mehr Service.

Thematisch in die Offensive gehen und das bestmögliche Service für Gewerkschaftsmitglieder und BetriebsrätInnen bieten – das ist das erklärte Ziel des ÖGB-Europabüros in Brüssel. Eine neue Website mit allen wichtigen Europainformationen gehört ebenso dazu wie die inhaltliche Aufarbeitung und Einschätzung aktueller EU-Themen.

Neues Team – neuer Auftritt

Das Team des Europabüros ist seit vergangem Herbst neu aufgestellt: Oliver Röpke, Tanja Buzek, Angelika Kollreider und Tina Schön vertreten nun die Interessen der österreichischen ArbeitnehmerInnen in den Entscheidungsprozessen der EU. Dazu kommt mit Waltraud Birnbach eine Kollegin, die auch für das Büro der Arbeiterkammer arbeitet. Die relevante Themenpalette des Europabüros ist breit und reicht von klassischen sozialpolitischen Themen wie der Arbeitszeitrichtlinie bis zu Fragen des Binnenmarktes, dem in den Vorjahren zunehmend einseitig Vorrang vor den Interessen der ArbeitnehmerInnen eingeräumt wurde.

Auf die zunehmende Bedeutung der EU für ÖGB-Mitglieder und BetriebsrätInnen reagiert das Europabüro mit einer neuen Website: Unter www.oegb-eu.at sind alle aktuellen Infos rund um die EU

und zum Europabüro abrufbar, die für die Interessen der ArbeitnehmerInnen wichtig sind. Darüber hinaus bietet das Europabüro eine Themendatenbank mit wichtigen Dossiers, die auf Knopfdruck einen Überblick ermöglicht. Wer mehr Infos möchte, findet nach wenigen Klicks auch detaillierte Berichte und Einschätzungen bis hin zu Originaldokumenten. Der zweiwöchige Newsletter macht das Serviceangebot komplett – auch er ist natürlich über die Homepage zu beziehen.

Eine Hauptaufgabe des ÖGB-Europabüros bleibt die Interessenvertretung vor Ort, also das sogenannte »Lobbying«, gegenüber dem EU-Parlament, aber auch gegenüber Kommission und Rat. Um hier erfolgreich zu sein, ist gemeinsames Handeln in einem Netzwerk unverzichtbar. »Allein als ÖGB-Europabüro für die Interessen der ArbeitnehmerInnen in einer geplanten Richtlinie im EU-Parlament zu werben wäre eine »Mission impossible«, gemeinsam mit den anderen europäischen GewerkschaftskollegInnen, die ihre Vertretungen in Brüssel haben, stehen die Chancen schon um einiges besser«, berichtet Oliver Röpke, der Leiter des ÖGB-Europabüros. Deshalb setzen die Gewerkschaften immer stärker auf die Zusammenarbeit unter dem Dach des Europäischen Gewerkschaftsbundes.

ÖGB-Europabüro und AKEUROPA, das Brüsseler Büro der Bundesarbeitskammer, sind beide in der Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU untergebracht und bilden eine Art Bürogemeinschaft. »Um die intensive Zusammenarbeit beider Interessenvertretungen beneiden uns ausnahmslos alle Gewerkschaften hier in Brüssel«, sind sich Oliver Röpke und Amir



Ghoreishi, der Leiter des AK-Büros, einig. Seit Jahresbeginn haben beide Büros die Folgen der Wirtschaftskrise für die ArbeitnehmerInnen zum Schwerpunkt ihrer gemeinsamen Arbeit in Brüssel gemacht und eine Veranstaltungsreihe unter dem Titel »Regulate the Markets – Märkte brauchen Regeln!« gestartet. Das politische Echo und der Besucherzustrom sind beachtlich.

Gute Zusammenarbeit

Die Büros wollen damit einen Beitrag leisten, die Lehren aus der Krise zu ziehen und einen politischen Richtungswechsel einzuschlagen: »Wir werden diese gemeinsame Arbeit engagiert fortsetzen, wenn es nun darum geht, die Regulierung der Finanzmärkte in der EU endlich konkret anzugehen«, versprechen Oliver Röpke und Amir Ghoreishi.

WEBLINKS

Mehr Infos unter:
www.oegb-eu.at
www.akeuropa.at

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung an
oliver.roepke@oegb-eu.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Ein anderes Europa

Die Bewältigung der globalen Wirtschaftskrise ist eine der größten Herausforderungen in der Geschichte der Europäischen Union.

Autor: Mag. Norbert Templ

Mitarbeiter der Abteilung EU & Internationales
in der AK Wien

Wir kennen noch nicht alle Facetten der aktuellen Wirtschaftskrise, aber wir können eines mit Sicherheit sagen: Diese Krise hat historische Ausmaße, ist global und wirft vieles über Bord. Zum Beispiel: Die jahrzehntelange Dominanz des Neoliberalismus – das heißt die Dominanz des Marktes über den Staat. Den Dreiklang von Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung, Den Glauben an die Effizienz »offener Märkte mit freiem Wettbewerb«, wie es auch im EU-Vertrag heißt. Am meisten ist dieses Paradigma auf den Finanzmärkten umgesetzt worden. Und dort erleben wir heute dessen fundamentales Scheitern mit gravierenden Auswirkungen auf die Realwirtschaft und damit auf uns alle.

Schadensbilanz: 4,1 Billionen Dollar

Noch immer kennen wir nicht das wahre Ausmaß der Krise. Erst vor einigen Wochen hat der **IWF** eine neue Schadensbilanz vorgelegt, die von doppelt so hohen Verlusten durch Ramschpapiere und faule Kredite als bisher prognostiziert ausgeht. Derzeit liegt die Gesamtsumme bei unglaublichen 4,1 Billionen Dollar.

Viele befürchten, dass der Neoliberalismus trotz des Zusammenbruchs der Finanzmärkte nur einen schweren Dämpfer erhalten hat. Sie befürchten, dass die

neoliberale Politik der Umverteilung zum Finanzsektor auch in der Finanzkrise fortgesetzt wird. Die riesigen Bankenrettungspakete, mit denen die finanziellen Risiken aus den Bankbilanzen auf die öffentlichen Haushalte verlagert werden, kann man auch als einen weiteren Triumph des Neoliberalismus im Sinne der Sozialisierung der Verluste werten. Aber es wird an uns liegen, dafür zu sorgen, dass diese notwendigen Maßnahmen der letzte Triumph des Neoliberalismus bleiben! Wir müssen diese Ideologie überwinden.

Europa muss und kann dabei eine Alternative sein, aber dazu braucht es ein anderes Europa. Dazu fünf Thesen:

1. Die Europäische Union ist unverzichtbar, denn die drei wesentlichen Motive ihrer Gründung bestehen fort: Sicherung des Friedens – Kompensation der im Zeitalter grenzüberschreitender Herausforderungen ungenügenden Gestaltungsfähigkeit der Einzelstaaten – gemeinsame und damit wirksamere Interessenvertretung nach außen.

2. Das wichtigste ist jetzt, die Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise.

Der Wirtschaftsabschwung hat noch immer nicht die Talsohle erreicht. Die jüngsten Prognosen sind dramatisch. Die rasant steigenden Arbeitslosenzahlen sind beängstigend.

Europa muss sich noch vehementer gegen diese Entwicklung stemmen. Nach Ansicht des Europäischen Rates vom März 2009 summieren sich die bisher ergriffenen fiskalpolitischen Maßnahmen 2009 und 2010 auf 3,3 Prozent des BIP der

EU. Das stimmt aber nur, wenn die automatischen Stabilisatoren einberechnet werden, weil z. B. mehr Menschen Arbeitslosengeld beziehen. Sie sind aber kein Ersatz für echte Konjunkturmaßnahmen. Diese belaufen sich 2009 auf nur ein Prozent des EU-BIP. Notwendig ist ein Nettoimpuls von mindestens zwei Prozent des BIP pro Jahr, wie Anfang Februar von prominenten Makroökonomien vorgeschlagen wurde. **Paul Krugman** fordert sogar staatliche Ausgaben in Höhe von vier Prozent des BIP pro Jahr.

Wir müssen die Prioritäten neu gewichten: Wenn es uns nicht gelingt, die Konjunktur über die Nachfrageseite zu stärken – und dazu gehört auch die Sozialschutzsysteme abzusichern –, dann werden die Folgen der Finanzkrise noch dramatischere Dimensionen annehmen.

3. Europa muss die Krise nützen, um eine Wende hin zu einem ressourcen- und energieeffizienteren Wirtschafts- und Konsummodell zu schaffen.

Die internationale Energieagentur warnt bereits vor einer neuen Krise, deren Ausmaß die gegenwärtige übertreffen könnte, weil weltweit die Ölförderkapazitäten sinken. Die Konzerne investieren aufgrund des niedrigen Ölpreises zu wenig in neue Förderprojekte, gleichzeitig gehen wegen der Wirtschaftskrise die Investitionen in erneuerbare Energien zurück. Das wird sich bitter rächen, wenn die Rezession überwunden ist und der Ölpreis wieder in die Höhe geht. Zudem häufen sich die Warnungen, dass beim konventionellen Öl der Höhepunkt der weltweiten Ölförderung (also der Zeitpunkt, ab dem die Produktion

zurückgeht) in einigen Jahren erreicht sein wird

Was wir dringend brauchen ist eine Art ökologischer Keynesianismus bzw. einen »Green New Deal«, das heißt eine europaweit koordinierte öffentliche Investitionsoffensive zur Ökologisierung der Wirtschaft und Bewältigung des Klimawandels. Wir brauchen eine massive Ausweitung der öffentlichen Investitionen in erneuerbare Energien, Klimaschutz (Fernwärmeausbau, Wärmedämmung, Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs, Infrastruktur/Schiene, Elektromobilität etc.) und darauf ausgerichtete Forschung und Entwicklung (Öko-Innovationen). Das schafft Arbeitsplätze und hilft uns gleichzeitig, die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern abzubauen.

4. Die Krise ist eine einmalige Chance, Europa vom neoliberalen Ballast zu befreien.

Die europäische Integration ist stark von neoliberalen Elementen geprägt. Sie finden sich in den rechtlichen Grundlagen und in der konkreten Politikgestaltung durch einzelne Institutionen der Union. Das muss sich ändern. Die gegenwärtige Krise gibt uns die Chance, die in den EU-Verträgen enthaltene wirtschaftsliberale Ideologie und die Auswucherungen des gemeinsamen Marktes und der Binnenmarktfreiheiten zurückzudrängen.

5. Die Europäische Union hat nur als Sozialunion eine Zukunft.

Wir müssen die aktuelle Krise nutzen, um endlich einen europäischen Rahmen für eine Sozialunion zu schaffen. Im Kern geht es um Folgendes:

■ Eine neue Wirtschaftspolitik, die die einseitige Ausrichtung der Geld- und Fiskalpolitik auf Inflationsbekämpfung und Haushaltsdisziplin überwindet und Wachstum, Vollbeschäftigung und Preisstabilität als gleichrangige Ziele verfolgt. Es geht dabei um eine dauerhafte Stärkung der Binnennachfrage.

■ Eine solidarische Tarifpolitik, die die jeweiligen nationalen Verteilungsspielräume ausschöpft und damit Lohndumping vermeidet. Zusätzlich sollte es in den EU-Mitgliedsstaaten existenzsichernde Mindestlöhne geben.



Zudem häufen sich die Warnungen, dass beim konventionellen Öl der Höhepunkt der weltweiten Ölförderung (also der Zeitpunkt, ab dem die Produktion zurückgeht) in einigen Jahren erreicht sein wird.

■ Eine EU-Steuerpolitik, die mit einheitlichen Bemessungsgrundlagen und einheitlichen Steuersätzen Unterbietungswettbewerbe beendet.

■ Schutz der öffentlichen Dienstleistungen, die immer wieder als ein Kernelement des europäischen Sozialmodells bezeichnet werden, aber einem Liberalisierungsdruck unterliegen.

■ Ein »Protokoll für den sozialen Fortschritt«, das festschreibt, dass die Grundfreiheiten des Binnenmarkts nicht über den sozialen Grundrechten stehen und auch den EuGH in die Schranken weist.

■ Ein soziales Aktionsprogramm mit dem Ziel der Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen und wirksame Maßnahmen gegen Sozialdumping.

Würde uns hier der Vertrag von Lissabon helfen? Zumindest würde er das soziale Profil der EU stärken: Vollbeschäftigung, sozialer Fortschritt, soziale Gerechtigkeit, soziale Marktwirtschaft, Gleichstellung von Frauen und Männern – all das findet sich im Zielekatalog des Vertrags. Aber ebenso die neoliberale wirtschaftspolitische Grundausrichtung der EU, die wir seit Jahren kritisieren. Hier bringt der Vertrag keine Änderung, und aus diesem Grund wird er auch von vielen abgelehnt.

Wir haben daher vorgeschlagen, den Vertrag von Lissabon mit einer politischen Absichtserklärung der Staats- und Regierungschefs zu verknüpfen, in der Maßnahmen zur Stärkung der sozialen Dimension Europas festgeschrieben wer-

den, ohne dass das Primärrecht erneut geändert werden müsste.

Am 7. Juni ein Zeichen setzen

Es ist an den EU-BürgerInnen, bei den Europa-Wahlen am 7. Juni ein deutliches Zeichen zu setzen, indem sie jene Kräfte stärken, die eine Sozialunion wollen.

Letztlich ist es eine Frage der politischen Kräfteverhältnisse, ob die im Reformvertrag verankerten Werte und Ziele auch zu einer Änderung der Politik führen. Der Reformvertrag kann – dank seiner inneren Widersprüchlichkeit – beides ermöglichen: Auf der einen Seite einen **Manchester-Kapitalismus** mit einer eindeutig neoliberal angelegten Wirtschafts- und Wettbewerbspolitik, auf der anderen Seite den Erhalt und Ausbau des europäischen Sozialmodells. Die EP-Wahlen könnten diesbezüglich eine Richtungsentscheidung sein!

Und meine Erwartung ist, dass die Staats- und Regierungschefs der EU endlich begreifen, dass die heutige Krise Schuld der neoliberalen Politik ist, und wir ein anderes Europa schaffen müssen.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
norbert.templ@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Die kleinen Leute

Es ist schwer, Vorurteile der BürgerInnen gegen die EU zu beseitigen. In Österreich werden sie von Politik und Boulevard verfestigt.

Autorin: Mag. Gabriele Müller

Freie Journalistin

Ich brauche sie nicht«, sagt der kleine Mann.

»Wen?«, fragt die kleine Frau.

»Die EU«, sagt er.

»Ach so«, sagt sie, »Ich hab schon glaubt, es wär was Wichtig's.«

In Österreich fiel die Beteiligung an den Wahlen zum Europaparlament von 67,7 Prozent (1999) auf 42,4 Prozent (2004). Prognosen lassen ein weiteres Absinken befürchten. »Ein europäisches Stimmungstief, Skepsis und Unzufriedenheit über das öffentliche Erscheinungsbild der Europäischen Union und erhebliche Informationslücken«, nannten die Meinungsforscher Fritz Plasser und Peter Ulram als Gründe der geringen Wahlbeteiligung. Weiters: »Situative Verärgerung über die Gehalts- und Spesenregelungen der Abgeordneten zum Europaparlament, ein thematisch konturloser Wahlkampf und Versuche einzelner Akteure, die Wahl zur Denkmittelwahl umzufunktionieren.«

Komplexe Inhalte einfach verpackt

Die Europäische Union hat einen schweren Stand in Österreich. Ihre Form, die BürgerInnen über ihre Bedeutung aufzuklären, ist nicht immer ganz glücklich.

»Schau, ein Backhendl«, sagt ein kleiner Mann. Er steht mit seiner kleinen Frau neben dem EU-Info-Stand beim

Messepalast. Vor ihnen steht auf einem Podest ein in Zellophan verpacktes »bratfertig« Huhn aus Plastik, dreimal so groß wie die beiden. Appetitlich ist es nicht. Es illustriert anhand einer Frage (»Wollen Sie das?«) die Wichtigkeit der EU-Institutionen im Bereich Konsumenschutz.

»Wofür ist denn das?«, fragt sie.

»Für die EU«, sagt er: »Sieht man doch an der Fahne.«

»Wozu werben die denn noch, sind doch eh schon dabei«, sagt sie.

»Möchten Sie einen Kugelschreiber?«, fragt die junge Dame in blau-gelb aus der Info-Koje. »Schreibt gut. Sie können in der Kabine auch Ihre Meinung zur Europawahl sagen. Kommt direkt nach Brüssel, auf Video-Screen.«

»Wolln'S mi pflanzen?«, fragt der Mann. »Oder weama weida grupft? Was hat die EU mit an Hendl z'tuan?« Das erläuternde Schild am Plastikhuhn wird im Ärger übergangen. Das Sujet, das gebe sie zu, sei vielleicht nicht glücklich gewählt, sagt die junge Dame, aber es ginge um etwas Wichtiges. Es ginge um den Verbraucherschutz. Es ginge um das Europa- ... Aber schon sind die beiden fort.

Die Sorgen und Ängste der BürgerInnen würden nicht genug zur Kenntnis genommen, heißt es. Europa sei ein Buch mit 27 Siegeln, kompliziert, verwirrend, nicht beeinflussbar. Vom Lebensalltag der Menschen entfernt.

Auf der Freyung informiert die Volkspartei über die Europawahl. Es ist der 9. Mai, Europatag. Vor dem Plakat »Europa wählt. Österreich entscheidet« spielt eine Alpenkapelle. Elisabeth Engstler moderiert ein Quiz im Stil der Millionenshow.

BUCHTIPP

Hrsg. v. Dieter Scholz,
Frank Schmidt-Hullmann,
Anne Kerrass u. a.
Europa sind wir

Verlag: Westfälisches
Dampfboot, 2009, 336

Seiten, € 28,70

ISBN: 978-3-89691-763-8



Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

Peter Rapp führt mit Österreichs EU-Kommissarin für Außenbeziehungen Benita Ferrero-Waldner ein Interview. »Wie kann man sich nun Ihre Arbeit vorstellen?« »Ich habe 6.000 Mitarbeiter«, setzt Frau Ferrero zur Antwort an. Rapp: »Ja, und diese 6.000 Mitglieder ...«

»Mitarbeiter«, korrigiert die Kommissarin.

Es sei halt schwer, die Arbeit der EU zu erklären, meint der Moderator. Aber so richtig zugehört wird ohnehin erst, wenn Jazz-Gitti singt.

Die Krone des kleinen Mannes

Als Gründe des Ärgers über die Union führen das Meinungsforscherduo Fritz Plasser und Peter Ulram an erster Stelle den Unmut über die Gehälter an der EU-Spitze an. Gefolgt vom Ärger über die mangelnde Rücksichtnahme auf österreichische Interessen und über die Bürokratie.

Als Gründe des Ärgers über die Union führen das Meinungsforscherduo Fritz Plasser und Peter Ulram an erster Stelle den Unmut über die Gehälter an der EU-Spitze an. Gefolgt vom Ärger über die mangelnde Rücksichtnahme auf österreichische Interessen und über die Bürokratie, unsinnige Regelungen und Vorschriften á la Gurkenkrümmungsverordnung.



tie, unsinnige Regelungen und Vorschriften á la Gurkenkrümmungsverordnung.

77 Prozent der Kronen-Zeitungs-LeserInnen hätten sich regelmäßig über die EU geärgert, meinen die beiden Experten in ihrer Analyse der Europa-Wahl 2004. 21 Prozent der Leserschaft wählte bei den Europawahlen 2004 die Liste des regelmäßigen Kolumnenschreibers Hans Peter Martin. Margot K., Sekretärin, 41, liest die »Krone« am Sonntag. Für Politik interessiert sie sich kaum, schon gar nicht für die Europas. Wenn sie wählen würde, dann wäre es der, wie heißt er noch mal? Der, der immer alles aufdeckt. Der mit dem Schal, der gegen die EU ist.

»Was treibt Hans Dichand an?«, fragt die Hamburger Wochenzeitung »Die Zeit« in ihrer Ausgabe vom August vorigen Jahres, als die heftige Anti-EU-Kampagne des Blattes einsetzte. »Die Pläne der EU, Österreichs Marillenmarmelade in Konfitüre umzubenennen, hätten ihn wütend gemacht.« Vielleicht aber, so der Autor Florian Klenk, sei es nur das Gespür eines gewitzten Blattmachers gewesen für das, was man vor 60 Jahren das gesunde Volksempfinden nannte?

Die Sehnsucht nach dem verlorenen Schrebergarten bewege die kleinen Leute und auch die, von denen sie regiert werden, meint Barbara Coudenhove-Kalergi in ihrem Kommentar im Standard »Wie wir wurden, was wir sind.« Einer Grundstimmung, der sowohl die Rechtsparteien als auch die Kronen-Zeitung Rechnung tragen. Einfache Antworten auf komplizierte Fragen verfehlen nie ihre Wirkung. »In unserem Fall lauten sie: An allem Übel sind einerseits die Ausländer schuld, an-

dererseits die Europäische Union.« Das »Herzstück« der von Herausgeber Dichand betriebenen Meinungsbildung in Sachen diffuse Ängste und Ressentiments ist die Leserbrief-Seite »Das freie Wort«. Hier werden EU-Bürokraten mit Kinderschändern verglichen. Die Wertegemeinschaft der Europäischen Union mit Inzest-Tätern, »die in Thailand urlaube, während seine Kinder im Keller vegetieren«. Tiefer geht es kaum.

Unsere Leserbrief-Ecke

»Als mündiger Bürger bzw. Bürgerin hätte ich auch eine Holschuld, hat eine Politikerin gesagt. Man müsste sich auch selbst informieren. Obwohl: In Österreich ist es nicht leicht, ein mündiger Bürger zu sein. Man redet mir nach dem Mund, schon bevor ich etwas gesagt habe. Ich komme mit dem Denken gar nicht nach – schließlich arbeite ich in einem Brotberuf, wo nicht meine Gedanken das Produkt sind – und schon wissen Politiker und Politikerinnen oder »die Zeitung« was ich will.« Herbert K. (47).

»Wussten Sie, dass die Abgeordneten im Europäischen Parlament ihren Sitz nicht nach Herkunftsland einnehmen, sondern aufgrund ihrer politischen Zugehörigkeit?«, steht in einem EU-Folder. »Ja, das habe ich gewusst. Viele von den Parteien offenbar nicht. Wie könnten sie sonst behaupten, dass sie das Beste für uns aus Brüssel herausholen wollen? Wird hier ein geschossenes Wildschwein verteidigt?« Hermine S., Niederösterreich.

»Wahlplakate sind nie besonders intelligent. Aber die von den Rechten sind eine Beleidigung. Man sagt von mir, ich

WEBLINKS

Ein virtueller Spaziergang durch den Plakatdschungel:
diepresse.com/home/politik/euwahl/474291/index.do

Unter
www.wahlkabine.at
 können Sie mit der Beantwortung 25 virtueller Fragen klären, mit welcher Partei es die größte politische Übereinstimmung gibt.

Wer sich einmischen möchte, kann im Internettool der globalisierungskritischen Bewegung attac Kandidaten befragen.
www.electioncampaign.eu/

wäre vorurteilsbeladen, voll der Ressentiments. Kann man sich beim EU-Volkswahlanwalt über österreichische Plakate beschweren? Was haben die EU-Wahlen mit Abrechnung zu tun? Wieso muss man sich gerade bei Europawahlen schämen, auch Österreicher zu sein?

So viele Vorurteile gegen die EU kann ich als Durchschnittsbürger nicht entwickeln, wie im Wahlkampf präsentiert werden.« Der kleine Mann aus Floridsdorf.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
gabriele.mueller@utanet.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at



Das EU-Projektteam: Esther Ginner, Evelin Lechner und Christoph Prinz mit Michaela Pipp, Gewinnerin des Karikaturen-Wettbewerbs.

Bei den Ergebnissen zeigt sich, dass viele Jugendliche, ob SkeptikerInnen oder BefürworterInnen, weniger eine inhaltliche Begründung geben können, sondern zu ihren Meinungen ein »Bauchgefühl« haben.

Ein Beispiel: Auf die Frage: »Profitierst du persönlich von der EU?« gaben 62 Prozent der SkeptikerInnen als auch 65 Prozent der BefürworterInnen an, dass sie Vorteile durch die Mitgliedschaft Österreichs haben. Sieht man sich allerdings das Ergebnis der SchülerInnen an, die eher neutral eingestellt sind, oder sich noch keine Meinung über die EU gemacht haben, so sind hier zwei Drittel der Meinung, in keiner Weise zu profitieren.

Die EU ist ein emotionales Thema und kann daher nur so erfolgreich vermittelt werden.

Das ZIS-Spezial EU4U

Auf Basis der Ergebnisse wurde von den Jugendlichen für Jugendliche Kernaussagen gesammelt (siehe das Poster »Was ist Ihre Meinung zur EU?«), die einen offenen Dialog begünstigen, da es zu ihnen ambivalente »Gefühle« bei den In-

terviews gab. Bei einem Einsatz in der Klasse (oder im Betrieb) sollen die Jugendlichen allein die Aussagen bewerten und dann auf ein Poster/Flipchart übertragen, so entsteht ein Meinungsbild einer Gruppe/Klasse.

In der Folge werden jene Aussagen beleuchtet, bei denen es große Unterschiede bei den Meinungen gibt, einerseits wird so der individuelle Informationsstand wechselseitig durch den Austausch angereichert, und andererseits erkennen die Jugendlichen die Vielfalt der unterschiedlichen Begründungen (bzw. manche Jugendliche erkennen, dass sie eine Meinung haben, ohne eine Begründung geben zu können).

Dieser offene Dialog gibt wichtige Rückschlüsse für die weitere Unterrichtsplanung, dafür wurde vom Projektteam ein ZIS-Spezial EU4U zu folgenden Themen erarbeitet:

- 1.** Deine Meinung ist gefragt, oder wie ist das Stimmungsbild meiner Klasse?
- 2.** So greift die EU in den Markt und Ihr Leben ein oder die vier Freiheiten.

W E B L I N K S

Zeitung in der Schule (ZIS)
»EU4U« in ZIS-aktuell 2/09
www.zis.at/cms/index.php?id=zisaktuell

- 3.** Die Euro-Rallye oder die einheitliche Währung der EU.
- 4.** Die EU in der Wirtschaftskrise oder ein Partner in der Not?!
- 5.** Der Reformvertrag oder die Grenzen der EU-Demokratie.
- 6.** Neue Mitgliedsstaaten oder die Grenzen Europas.

K O N T A K T

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor
entrepreneurship@gmx.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Wir verzichten nicht!

Am 13. Mai 2009 demonstrierten in Wien geschätzte 20.000 GewerkschafterInnen für faire Einkommen und für ihre Kollektivverträge.

© Fotos: Alexandra Kromus





F*** IT! FILM IT!

Der Video-Wettbewerb für Menschen im Alter von 15 bis 25 Jahren soll Aufmerksamkeit für die Europawahl 2009 wecken.

Autor: Mag. Oliver Avanzini

*Marketing und interne Kommunikation,
ÖGB-Verlag*

Mit einer besonderen Idee sollten Jugendliche für das Thema EU und die bevorstehende Europawahl interessiert und zur aktiven Partizipation eingeladen werden: Selbstgedrehte Videobeiträge der Jugendlichen sollten auf vielfältige Weise zeigen, was junge Menschen über Europa denken, und was sie zu europäischen Themen zu sagen haben.

Die Kernbotschaften

Den Jugendlichen wurden auf der Website www.film-it.at zahlreiche Informationen zur Europäischen Union und zur EU-Wahl angeboten. Die Kernbotschaften lauten: »Am 7. Juni 2009 finden die nächsten Europawahlen statt: Die BürgerInnen aus den 27 EU-Mitgliedsländern wählen ihre Abgeordneten ins Europäische Parlament. Das Europäische Parlament ist das einzige Organ der EU, das direkt von den BürgerInnen gewählt wird. Mit deiner Stimme stärkst du das demokratische Element der EU. Denn nur wer zur Wahl geht hat die Möglichkeit, aktiv über Angelegenheiten, die uns alle im täglichen Leben betreffen, mitzubestimmen. Wählen heißt mitbestimmen, welche österreichischen Abgeordneten ins Europäische Parlament einziehen sollen, welche europäischen Fraktionen Europapolitik gestalten sollen, welchen Weg die EU in Zu-



kunft einschlagen wird. Und Wählen ist bereits ab 16 Jahren möglich!«

Die Video-Beiträge wurden auf Web-2.0-Plattformen gestellt und für den Wettbewerb mit einem Online-Formular auf www.film-it.at angemeldet. Alle Einsendungen wurden überprüft und auf der Online-Plattform extra frei geschaltet, um z. B. parteipolitischem Missbrauch vorzubeugen. Die 15 besten Videos bzw. Teams wurden per Online-Voting ermittelt, jedes ermittelte Team erhielt daraufhin 500 Euro, und der entsprechende Clip wird bei der abschließenden Gala-Vorführung am 29. Mai in Wien präsentiert. Aus den Top 15 Clips wurden außerdem von einer Jury aus Prominenten und ExpertInnen schließlich die besten fünf Clips ermittelt. Diese fünf GewinnerInnen-Teams nahmen am 9. Mai an einem Video-Workshop teil und erhielten ein Zusatzbudget von 500 Euro. Das SiegerInnen-Team, das bei der Abschluss-Gala präsentiert wird, fährt schließlich nach Brüssel!

Die Videos auf www.film-it.at sind allesamt sehenswert! Äußerst vielfältig sind die Sichtweisen der Jugendlichen auf das Thema »Europa«. Einerseits zeigt sich die Allgegenwärtigkeit und Selbstverständ-

lichkeit der EU im heutigen Alltag, andererseits findet eine Auseinandersetzung der jugendlichen VideofilmerInnen mit den bestehenden EU-Mythen und Vorurteilen statt. Insgesamt eine Schau von ebenso witzigen, kreativen wie auch kritischen Beiträgen.

Die InitiatorInnen

Initiiert wurde »F*** IT! FILM IT!« von: Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten, Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur, Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, Wirtschaftskammer Österreich, Industriellenvereinigung, Österreichische Gewerkschaftsjugend, Österreichische Nationalbank, Österreichische Gesellschaft für Europapolitik, Europäisches Parlament – Informationsbüro für Österreich.

WEBLINKS

Mehr Infos unter:
www.film-it.at

Kenne dein Europa

Nur wer informiert ist, kann eine Wahl treffen: Durch e-Learning 2.0 kann EU-Wissen schnell, kurzweilig und unkompliziert erlangt werden.

Autorin: Elke Radhuber

Mitarbeiterin des Referats für Bildung, Freizeit
und Kultur im ÖGB

Österreich ist seit 14 Jahren Vollmitglied der EU. Faktum ist: Die österreichische Wirtschaft, Politik und Entwicklung wird maßgeblich von der EU beeinflusst – und umgekehrt. Der Gestaltungsrahmen ist kompliziert. Dies dürfte ein Grund sein, warum konkretes Wissen zu Vor- und Nachteilen der EU und die Auswirkungen für Österreich nicht zum Alltagswissen gehören. Der Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung hat darauf mit modernen Lehrmethoden reagiert:

Information für alle

Anlässlich der ÖGB-Kampagne zur Wahl des europäischen Parlaments hat der VÖGB zwei Informationsmodule zur EU entwickelt:

- Basiswissen: »EU-fit in 15 Minuten«
- Aufbauwissen: »Die europäische Union«

In einer Sonderaktion stehen beide Lerneinheiten bis zur Wahl am 7. Juni

WEBLINKS

Mehr Infos unter:
www.voegb.at

2009 allen Wissensdurstigen offen zur Verfügung. Mit diesem webbasierten Angebot werden orts- und zeitabhängige Barrieren überwunden und Informationen können nach individuellen Bedürfnissen abgerufen werden. Über die VÖGB- oder ÖGB-Homepage können die Lerneinheiten leicht gefunden und angesteuert werden (siehe Link-Box).

Fundierter Fachinhalt wird in der EU-e-Learning-Einheit auf kleine Themengebiete heruntergebrochen und in prägnanter und kurzweiliger Form vermittelt. Neben textbasierten Bausteinen tragen spielerische und multimediale Elemente zur Freude am Lernen bei: So finden etwa Lernende bei einem Rätselspiel (EU-Mythen) heraus, dass sich die Gurke in Österreich bereits seit 1968 in einer bestimmten Weise zu krümmen hat – also lange vor der EU. Oder: In unterhaltsamen Kurzvideos werden schwierige Themen behandelt – zum Beispiel bekommen Lernende in sechs Minuten einen Überblick der relevanten EU-AkteurInnen.

In virtuellen Lernumgebungen steht der Lernende im Vordergrund. Der Lehrende hält sich im Hintergrund: Dieser stellt lediglich Inhalte und geeignete Lern-Instrumente zur Verfügung. Im Gegensatz zum realen Klassenzimmer, wo sich Lernende berieseln lassen, bekommen e-LernerInnen eine aktive Rolle: Sie bestimmen, was und wann sie lernen. Bei selbstbestimmtem und selbstorganisiertem Lernen bekommt die Auseinandersetzung mit dem Stoff eine neue Dimension: Inhalte können von den Lernenden gemeinsam diskutiert, vertieft und weiterentwickelt werden. Um dies zu ermöglichen, wird bei e-Learning 2.0

INFO & NEWS

Skriptum IG 05: Die Europäische Union

Skriptum bestellen bei:
VÖGB, Laurenzerberg 2, 1010 Wien
margarita.skalla@oegb.at

verstärkt auf neue Medien und neue Kommunikationsformen gesetzt. Bei den bis 7. Juni 2009 öffentlich zugänglichen Lerneinheiten zur Europäischen Union wurde daher ein Kommunikations-Blog eröffnet. Hier können – wie in einem Forum – Themen zu der Lerneinheit (anonym) diskutiert werden. Die Austauschplattform wird von EU-ExpertInnen betreut – es können also auch Fragen an unsere ExpertInnen gestellt werden.

Weiteres Bildungsangebot

Neben den e-Learning-Einheiten gibt es seitens des VÖGB ein brandaktuelles Skriptum zur EU, das für Mitglieder kostenlos erhältlich ist. Das EU-Skriptum dient als inhaltliche Basis für die webbasierten Lerneinheiten.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
elke.radhuber@oegb.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Qualifiziert für Europa

Nationaler und Europäischer Qualifizierungsrahmen nähren nach einem guten Start Hoffnungen auf mehr Transparenz und Durchlässigkeit im Bildungssystem.

Autor: Mag. Bernhard Horak

Mitarbeiter der Abteilung Bildungspolitik
der Arbeiterkammer Wien

Das aktuelle Regierungsprogramm widmet dem NQR, dem Nationalen Qualifikationsrahmen für Österreich gerade dreieinhalb Zeilen:

»Die Umsetzung des Nationalen Qualifikationsrahmens soll die Transparenz formal und non-formal erworbener Qualifikationen und damit die Durchlässigkeit des gesamten Bildungswesens national und europaweit gemäß den Leitlinien des Europäischen Qualifikationsrahmens fördern.«

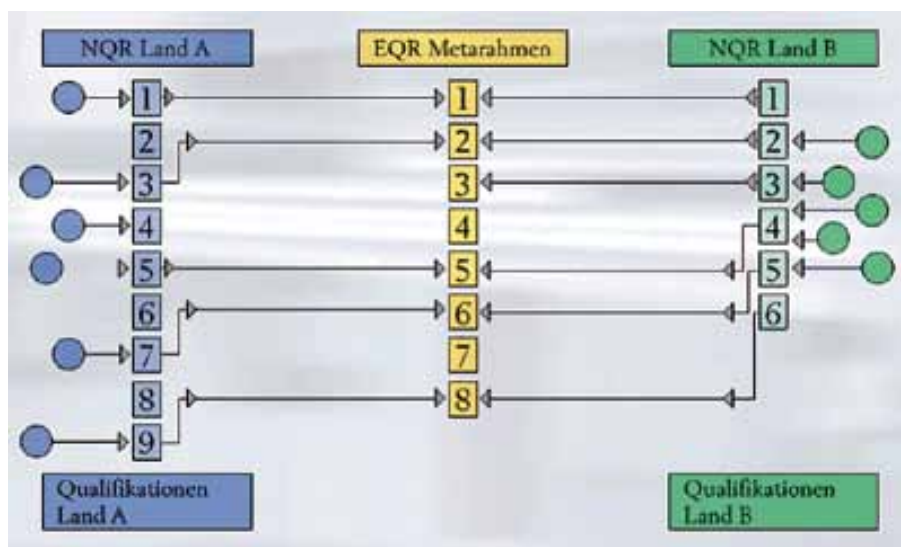
Mit dieser kurzen Formulierung hat sich die Politik auf folgendes Verständnis für das österreichische NQR-Projekt geeinigt:

Herstellung von Transparenz

Beim NQR geht es in erster Linie um die Herstellung von Transparenz, und damit um die Vergleichbarkeit von Qualifikationen. Gelingt es, die Vergleichbarkeit zwischen Qualifikationen herzustellen, soll es in der Folge für die Lernenden auch

WEBLINKS

Broschüre der EU-Kommission zum EQR:
ec.europa.eu/dgs/education_culture/publ/pdf/eqf/broch_de.pdf



Quelle: wikipedia

zu Mobilität und Austausch zwischen den Bildungssystemen (»Durchlässigkeit«) kommen. Denn der NQR soll nicht nur auf die Berufsbildung oder einen anderen Bildungssektor beschränkt sein, sondern das »gesamte Bildungswesen« erfassen, also die Berufsbildung, die Allgemeinbildung, den Fachhochschul- bzw. Hochschulbereich sowie den Weiterbildungsbereich.

Wo kein Durchblick, kein Vertrauen

Europas Bildungssysteme, insbesondere die der beruflichen Bildung, sind historisch bedingt sehr unterschiedlich. Sie unterscheiden sich vor allem im Umfang gesetzlicher Regelungen, in der Art des Lernumfeldes (Schule oder Betrieb), im Alter der Zielgruppe, im Niveau (sekundär oder postsekundär) und in der Anerkennung der Abschlüsse. Bildungs- bzw.

Ausbildungssysteme gehen in der Regel nicht über nationalstaatliche Grenzen hinaus. Es fehlt daher bei Qualifikationen an Transparenz und Vergleichsmöglichkeiten, wodurch die einzelnen Staaten Europas mangelndes Vertrauen in das jeweils andere (Berufs-)Bildungssystem haben.

Für ArbeitnehmerInnen ist es nicht einfach, einem Arbeitgeber in einem anderen Land die »mitgebrachte« Qualifikation begrifflich zu machen. Umgekehrt haben es Arbeitgeber, staatliche wie private Ausbildungsanbieter schwer, die Qualifikationen oder Kompetenzen eines Bürgers/einer Bürgerin aus einem anderen Staat richtig einzuschätzen. Die Frage nach Verwertbarkeit bzw. Anerkennung eines Bildungs- oder Ausbildungsabschlusses in einem anderen EU-Mitgliedsstaat ist fast immer komplex. Das gilt sowohl für den Arbeitsmarkt als auch



für die Systeme der beruflichen Weiterbildung. Schlechte Rahmenbedingungen also für »LLL – Lebenslanges Lernen«, wenn es auch grenzüberschreitend angelegt sein will.

Seit Februar 2008 liegt nun der EQR, der Europäische Qualifikationsrahmen offiziell vor. Als »Übersetzungshilfe« für europäische Qualifikationen soll er das lebenslange Lernen vereinfachen und die grenzüberschreitende Mobilität fördern. Sein Kernstück sind acht »Referenzniveaus«, die von den elementaren Qualifikationen (z. B. Pflichtschulabschluss) bis zu den höchsten (z. B. Doktorat) reichen. Unabhängig davon in welchem Schultyp, in welcher Lernzeit, in welchem Alter die Qualifikation erworben wurde, soll der EQR beschreiben, was die Lernenden wissen, verstehen und tatsächlich können. Was zählt, sind also Lernergebnisse.

Freiwillig mitmachen, nach Regeln

Der Rechtsakt zur Errichtung eines Europäischen Qualifikationsrahmens hat den Charakter einer »Empfehlung« und nicht den einer »Richtlinie«, die zwingend in nationales bzw. österreichisches Recht umgesetzt werden muss. Das bedeutet, dass es den Mitgliedstaaten freisteht, sich am EQR zu orientieren oder nicht.

Jedenfalls sollten die nationalen Qualifikationssysteme mit den Niveaus des EQR »auf transparente Art und Weise« verbunden werden, und die Empfehlung appelliert an die Mitgliedsstaaten, sie mögen dies mit Hilfe eines NQR, eines nationalen Qualifikationsrahmens tun. Österreich hat sich, wie viele andere EU-

Staaten auch, dafür entschieden, einen solchen zu entwickeln. Die Niveaus von verschiedenen nationalen Qualifikationsrahmen werden dann miteinander vergleichbar, wenn man sie mit den Niveaustufen des EQR verbindet (siehe Abbildung).

Die Empfehlung sieht darüber hinaus vor, dass nationale Zeugnisse oder Diplome bis 2012 einen EQR-Verweis erhalten. Das bedeutet, dass in Zukunft aus österreichischen Zeugnissen eindeutig hervorgehen soll, welcher Niveaustufe des EQR (1 bis 8) die mit dem Zeugnis verbundene Qualifikation entspricht.

Die Erwartungen der AK

Stichwort Durchlässigkeit: Das berufliche Bildungssystem in Österreich ist vielfältig. Jedoch bei einem Wechsel von z. B. einer Berufsbildenden Mittleren Schule (BMS) in eine Lehre oder umgekehrt ist die gegenseitige Anrechnung von bereits Erlerntem vielfach mit Schwierigkeiten verbunden. Ähnlich ist es beim Übergang von einer HTL (Höhere Technische Lehranstalt) in eine FH (Fachhochschule). Auch in diesem Fall führt die fachlich einschlägige Vorbildung auf hohem Niveau der HTL nicht zu einer normierten Studienzeiterkürzung in der FH.

Die Ausrichtung des NQR auf Lernergebnisse verspricht, diese Übergänge bzw. den Wechsel von einem System in das andere in Zukunft zu erleichtern.

EQR und NQR sollen nicht nur formale, sondern auch non-formal und informell erworbene Qualifikationen umfassen. Es geht daher nicht nur um das gesetzliche Schul- und Studiensystem,

sondern auch um die Weiter- bzw. Erwachsenenbildung (non-formal) und schließlich auch um Lernergebnisse, die z. B. aus der beruflichen Praxis erwachsen (informell). Der NQR wäre dadurch eine große Chance, das »patchwork« der Weiterbildung und Erwachsenenbildung in Österreich in eine nationale Struktur zu bringen, wodurch sie insgesamt gegenüber der Domäne des formalen Systems an Boden und »Anerkennung« im weitesten Sinn gewinnen könnten. Vielleicht gelingt es auch dadurch, die Weiterbildung ein Stück wegzubringen von ihrem vorherrschenden individualistischen Ansatz der Kosten- und der Verantwortungslage.

Es zeichnet sich ab, dass die konsequente Herangehensweise an den NQR mehrere bildungspolitisch nicht unbekannt Themen massiv beanspruchen wird: Validierung, Anerkennung, Durchlässigkeit, Qualitätssicherung etc. Die Erwartungen, dass der NQR in diese Themen Bewegung bringt, sind nicht unberechtigterweise hoch. Dennoch kann und soll der NQR weder eine aktive Bildungspolitik noch die Gesetzgebung ersetzen. Es ist aber anzunehmen, dass Transparenz und Vergleichbarkeit, die der NQR ja bringen soll, für die Politik Legitimations- und Handlungsdruck erzeugen werden.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
bernhard.horak@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Geheime Erfolge

Die EU hat Imageprobleme. Auch weil seit Jahren alles Gute für die nationale Politik reklamiert wird und alles Unerfreuliche der EU zugeordnet wird.

Autorin: Dagmar B. Gordon

Freie Journalistin

Wer heute Menschen auf der Straße nach den persönlichen Vorteilen fragt, die die EU-Mitgliedschaft Österreichs für die Betroffenen gebracht hat, wird eventuell etwas von Reisefreiheit und dem Wegfall der Wechselkosten seit der Einführung des Euro hören. Europa hat also für den durchschnittlichen Österreicher offensichtlich etwas mit Urlaub und Reisen zu tun.

Das ist durchaus richtig, wenn man bedenkt, dass die EU die Voraussetzungen für einen durchaus heftigen Wettbewerb der Fluggesellschaften gesorgt hat, was das Reisen deutlich verbilligt hat. Und das selbst in Zeiten steigender Spritkosten.

Passkontrollen sind weggefallen

In außereuropäischen Ländern stehen die Konsulate aller EU-Länder für reisende ÖsterreicherInnen offen, sofern unsere Heimat im betreffenden Land über keine eigene Vertretung verfügt. Auch die freie Europäische Krankenversicherungskarte trägt zum sicheren Reisen bei und ist eine »Erfindung der EU«. Dass innerhalb des Schengen-Raums Passkontrollen so gut wie weggefallen sind, ist für uns alle schon fast Alltag geworden.

Die Rechte von Reisenden waren und sind in der EU besser gestellt, als das vor dem EU-Beitritt in Österreich der Fall war: Seit Februar 2005 gilt eine EU-

Richtlinie, die Reisenden einen Schadenersatz zubilligt, wenn ein Flug nicht durchgeführt wird, überbucht ist oder deutlich zu spät abgeht.

Aber die EU ist mehr als ein großes Urlaubs- und Reisegebiet.

Charta der Grundrechte

Eines der wichtigsten Dokumente der EU ist die Charta der Grundrechte. Die Charta legt zum ersten Mal bestimmte wirtschaftliche und soziale Grundrechte fest. Zum Beispiel ist dort festgehalten, dass jeder das Recht auf Arbeit und auch das Recht auf Streik hat.

Alle Grundrechte werden unter sechs Hauptüberschriften aufgeführt: Würde des Menschen, Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Bürgerrechte und justizielle Rechte. Diese Rechte stehen jeder und jedem zu und sind unabhängig von der Staatsbürgerschaft oder dem Wohnort.

Die Charta ist auf dem neuesten Stand, enthält Rechte wie den Schutz der persönlichen Daten und bioethische Standards und zielt auch darauf ab, schwierigere, aktuelle Herausforderungen abzudecken, die sich beispielsweise im Zusammenhang mit den neuesten Informationstechnologien und den genetischen Entdeckungen ergeben. Gleiches gilt für die Rechte im Zusammenhang mit dem Erhalt der Umwelt und dem Verbraucherschutz, die ebenfalls klar festgeschrieben sind.

Die EU ist vor allem ein Projekt der Grundrechte und der Gleichbehandlung. So sieht das auch Jörg Leichtfried, Listendritter der SPÖ-Liste für die Wahl zum EU-Parlament: »Die Gleichstellung von

Mann und Frau, das sogenannte Gender Mainstreaming, ist nur durch die Zusammenarbeit in Europa möglich geworden. Da ist ein Prozess angestoßen worden, der ohne EU nicht so schnell in die Gänge gekommen wäre.« Der Vorteil, den die Arbeit in der EU mit sich bringt, so Leichtfried, ist der fehlende »unmittelbare Druck des Boulevards auf die Politik in Brüssel und Straßburg. Dieser unmittelbare Druck ist hier nicht spürbar und das ist ein Vorteil. Das gibt allen MandatarInnen eine größere Freiheit über Themen nachzudenken.«

Europa wächst zusammen

Die Listendritte der Grünen, Monika Vana, nennt die klassischen Themen, die auch in den Augen der politisch nur mäßig interessierten Menschen zugunsten der EU angeführt werden: »Die SchülerInnen- und StudentInnenaustauschprogramme sind etwas vom Erfolgreichsten, was die EU macht.« Hier wächst Europa wirklich zusammen, wenn junge Menschen eine Weile im EU-Ausland leben und Erfahrungen machen. Die Programme mit den Namen **Erasmus** und **Da Vinci** sind wahrscheinlich die erfolgreichsten der Geschichte der europäischen Union. Und wer in Europa eine Qualifikation erworben hat, dem wird es immer leichter gemacht, in einem anderen Land weiterzustudieren oder zu arbeiten.

Jörg Leichtfried hat eine Erklärung für das schlechte Image der EU, die nachvollziehbar klingt: »Unangenehme Dinge werden immer auf die nächst höhere Ebene abgeschoben. Das ist politische

Wie in der Vergangenheit kamen die meisten beanstandeten Waren aus China. Am häufigsten waren Spielwaren betroffen, gefolgt von Elektrogeräten, motorisierten Fahrzeugen, Kleidern und anderen Textilien sowie Artikeln für Kinder.



Praxis und beginnt bei den Bürgermeisterinnen, die sich auf die Landesebene berufen, wenn sie für etwas keine gute Lösung finden. Von dort gehts weiter und in Österreich ist am Ende an allem der Bund schuld. Von hier kann man es leicht auf die EU abschieben. Und das geschieht viel zu oft.«

Gleichstellungsrichtlinie

Dazu kommt, dass der Rat immer noch eine viel zu abgeschlossene Angelegenheit ist: Weder sind die Sitzungen öffentlich, noch werden Protokolle veröffentlicht. Leichtfried: »So kann jeder Minister behaupten, dass er so oder ganz anders abgestimmt hat und niemand kann das überprüfen. Hier wird an einer Änderung gearbeitet. Das wird im Vertrag von Lissabon so geregelt, dass die Sitzungen in Zukunft öffentlich sein sollen.«

Monika Vana fällt ad hoc auch ein weiterer positiver Punkt zur EU ein, und das obwohl sie traditionell eher zu den EU-skeptischen KandidatInnen zählt: »Die Öffnung der Wiener Gemeindebauten ist auf Druck der EU auf Grundlage der EU-Antidiskriminierungsrichtlinie passiert. Da hätte sich Wien vermutlich noch lange nicht bewegt.« Auch sie nennt die Gleichstellungsrichtlinie, die die mittelbare und unmittelbare Diskriminierung von Menschen aufgrund ihres Geschlechts, der Ethnie, Religion oder sexueller Orientierung verbietet, als einen der wichtigsten Punkte, wo die EU das Leben der Menschen nachhaltig positiv verändert hat.

Jörg Leichtfried nennt als einen kleinen, aber entscheidenden Erfolg der zu

Ende gehenden Legislaturperiode des Europäischen Parlaments die zwingende Verlängerung der Garantiezeiten: »Plötzlich wurden im Handel Garantiezeiten zum Verkaufsargument, und wo vor kurzem noch mit einem halben Jahr Garantiezeit das Auslangen gefunden werden musste, können die KonsumentInnen jetzt mit zwei Jahren Garantie rechnen.«

Doch Europa kann mehr: Europa unterstützt mit zahlreichen Programmen auch die Regionen mit all ihren Eigenarten und Besonderheiten. Das Burgenland hat als Ziel-1-Gebiet besonders davon profitiert, bestimmte Bezirke Wiens und Regionen in allen Bundesländern haben als Ziel-2-Gebiete, in denen viele nachhaltige Projekte erfolgreich gefördert wurden, ebenfalls von den Förderprogrammen profitiert.

Die EU-Kommission warnt KonsumentInnen vor giftigen Produkten, die zum Beispiel aus China importiert werden. Es existiert ein EU-weites Alarmsystem für gesundheitsschädliche Produkte. Dieses findet nach wie vor am häufigsten gefährliches Kinderspielzeug aus China. Die EU-Kommission will daher den Druck auf China erhöhen. Ziel ist es, dass die Behörden Fabriken schließen, die ohne Kontrolle gesundheitsgefährdende Produkte nach Europa exportieren.

Gefährliche Spielwaren

Die jüngsten Zahlen des EU-internen Warnsystems »RAPEX« sind ernüchternd. Wie in der Vergangenheit kamen die meisten beanstandeten Waren aus China. Am häufigsten waren Spielwaren betroffen, gefolgt von Elektrogeräten,

WEBLINKS

Rapex – Liste gefährlicher Produkte:
ec.europa.eu/consumers/dyna/rapex/rapex_archives_de.cfm

motorisierten Fahrzeugen, Kleidern und anderen Textilien sowie Artikeln für Kinder. Die nationalen Institutionen sind bei der Flut von Produkten schon lange außerstande, einen einigermaßen wirksamen Schutz vor fehlerhaften und gefährlichen Produkten zu gewährleisten. EU-Institutionen können allerdings sogar in den Erzeugerländern Druck machen.

Mitentscheiden

Das sind nur einige der eingängigsten Gründe, warum es sich für uns alle lohnt, bei der EU-Wahl mitzuzentscheiden, wer im nächsten EU-Parlament die Interessen der »einfachen« BürgerInnen vertritt und zum Beispiel Gleichbehandlung, Grundrechte und KonsumentInnenschutz ebenso wichtig nimmt wie die Vertretung der ArbeitnehmerInnen-Interessen.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
 an die Autorin
d.gordon@ideenmanufactur.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Rechts, zwei, drei, vier

Rechtsrechte Parteien gewinnen in der EU immer mehr an Bedeutung. Sie nähren Fremdenhass und schüren Ängste.

Autor: Thomas Varkonyi

Freier Journalist

Jene politischen Kräfte, die seit den 80er- und 90er-Jahren des 20. Jahrhunderts rechts von den liberal-konservativen Parteien aufsteigen, sind in Westeuropa zwei gegensätzlichen Polen zuzuordnen, während die extreme Rechte der deutschsprachigen Länder, aber auch Osteuropas eine Sonderrolle spielt.

Gegen Einwanderung und Sozialstaat

Einerseits gibt es Parteien, die eine Ein-Punkt-Programmatik oder, häufiger, ein aus zwei zentralen Punkten bestehendes Agitationsprogramm vertreten: gegen Einwanderung sowie gegen Steuern und Sozialstaat. Sie erscheinen als eine Art scharfmachendes Korrektiv zu den Konservativen und Liberalen. Dies gilt etwa überwiegend für die holländischen RechtspopulistInnen und ihre skandinavischen Pendanten, zum Beispiel die seit 30 Jahren auf der politischen Bühne präsente Fortschrittspartei in Norwegen, die überwiegend eine Anti-Steuer-Politik betreibt.

Das Ziel dieser Kräfte ist, die in der bürgerlichen Gesellschaft bestehenden sozialen Hierarchien noch zu vertiefen und gegen jene zu treten, die am weitesten unten stehen. Die bis heute bestehende »ethnische« Prägung des Arbeitsmarkts durch »GastarbeiterInnen«, die nach wie vor die niedrigsten Positionen

auffüllen, hat zu diesem Bewusstseinsbild beigetragen. Ebenso die Erfahrung, dass zwar der Lebensstandard in den kapitalistischen Metropolenländern weit höher liegt als in der übrigen Welt, dass aber dieser Standard für die meisten ArbeitnehmerInnen bereits wieder im Abbau begriffen ist. Teile der Gesellschaft wollen nun ein Rückzugsgefecht um ihre erreichten Positionen gegen den Rest der Welt führen.

Diese politischen Kräfte sind meistens pro-westlich eingestellt und sehen die Bedrohung in der Einwanderung, in der sogenannten Dritten Welt und in der »Einkreisung« der reichen Länder. Dabei dient »der Islam« unreflektiert als wichtigste ideologische Chiffre. Diese vermag es, die Abscheu vor der »Barbarei« der armen Länder mit jener gegen die Anwesenheit von MigrantInnen auf europäischem Boden zu verbinden. Das beinhaltet meist eine eher pro-amerikanische, und in der Mehrzahl der Fälle auch eine pro-israelische Ausrichtung.

Die »revolutionäre Rechte«

Andererseits finden wir Parteien und Bewegungen, die eher als »revolutionäre Rechte« im Sinne des israelischen Historikers und Faschismus-Spezialisten Zeev Sternhell gesehen werden können. Diese Kräfte reden nicht nur gegen jene an, die ohnehin sozial unten stehen. Sie wettern auch gegen die dominierenden gesellschaftlichen Eliten, oder jedenfalls einen Teil von ihnen. Sie betreiben dies unter Zuhilfenahme der gleichen argumentativen Grundform, nämlich auf der Basis biologisierter Kriterien wie Abstam-

ung, »Rasse«, Geburt. Dadurch wollen sie die Nation (oder Europa) nicht nur gegen »unten« und gegen »außen« abgrenzen, sondern einfach hermetisch dicht machen.

Antisemitismus

Der Antisemitismus und verschwörungstheoretische Einlagen, etwa gegen finstere konspirative Lobbys, erlauben, was das Ein-Punkt-Programm gegen die MigrantInnen allein nicht kann, nämlich eine alle möglichen gesellschaftlichen Aspekte umfassende, in sich geschlossene Gesellschaftstheorie und eine vermeintliche »revolutionäre Alternative« zu stiften.

Auf dieser Grundlage kann man noch weit effektiver um die Verlierer der Gesellschaft werben und eine auf Dauer von den bürgerlich-konservativen Parteien autonom auftretende, »gehärtete« politische Kraft aufbauen. Solche politischen Kräfte schmücken sich oftmals mit anti-westlichen ideologischen Versatzstücken und erklären die bestehende internationale Hierarchie auf verschwörungstheoretische Weise. Ihr Masseneinfluss wächst oftmals vor dem Hintergrund einer ideologischen Krise oder eines Niedergangs der Linken. Dies gilt etwa, in den Jahren nach 1989, für die französische **Front National**.

Eine Sonderstellung bei dem ganzen Fragenkomplex nimmt die Rechte in Deutschland und Österreich ein: Bei ihr steht auch die Abwehr historischer Schuld der eigenen Nation im Vordergrund, und dieser Versuch richtet sich gegen, aus der NS-Vergangenheit resultierende, An-



Beim aktuellen Parteibmann der FPÖ, H. C. Strache, ist eine noch stärkere Affinität zur deutschnationalen Szene gegeben als beim Vorgänger, und die Islamparanoia ist mittlerweile zum Hauptwahlprogramm aufgestiegen.

sprüche und Kritik aus Israel. Ein Jörg Haider ebenso wie ein **Jürgen Möllemann** konnten erfolgreich auf der Klaviatur des »Man wird doch noch über Israel sagen dürfen ...« spielen. Die eindeutig zweideutigen Anspielungen (Ostküste, Herr Greenberg, Ariel Muzicant) sind noch in Erinnerung und geschehen namentlich vor dem Hintergrund eines sekundären Antisemitismus, der den Juden und Israel nicht verzeiht, dass eine »Normalisierung« der eigenen Nation ausbleibt. Beim aktuellen Parteibmann der FPÖ, H. C. Strache, ist eine noch stärkere Affinität zur deutschnationalen Szene gegeben als beim Vorgänger, und die Islamparanoia ist mittlerweile zum Hauptwahlprogramm aufgestiegen.

Die osteuropäische Rechte wiederum weist wesentlich weniger die pro-amerikanische und pro-wirtschaftsliberale Komponente auf, die beispielsweise die holländischen AnhängerInnen **Pim Fortuyns** oder **Geert Wilders'** prägten. Dies hängt damit zusammen, dass wesentliche Teile der osteuropäischen Gesellschaften, die auch die Basis dieser Parteien bilden, zu den Verlierern des Transformationsprozesses zur neoliberalen Marktwirtschaft nach 1989 zählten.

Verschwörungstheorien

Vor diesem Hintergrund ist »der Westen«, aber insbesondere auch Israel bei den dortigen rechten Parteien, die oft soziale Frustrationen ihres Publikums artikulieren und nationalistisch oder rassistisch aufladen, oft stark negativ besetzt. Heutzutage vermischt sich das mit Verschwörungstheorien, die vereinfachend

und verkürzt beantworten, wie die eigenen Ländern unter westliche Vorherrschaft geraten konnten.

Partei der Wahrheit und des Lebens

In Ungarn vertritt die rechtsextreme Partei der Wahrheit und des Lebens unter dem berühmten Schriftsteller **István Csúrka** (sie wurde vom konservativen Lager unter dem damaligen Regierungschef **Viktor Orbán** zeitweise als Bündnispartner umworben) einen rabiatischen antisemitischen Diskurs. Doch mittlerweile wird das Banner der Rechten von anderen stärker geschwenkt.

»In Zusammenhang mit der Partei **Jobbik** (Besser/Rechter) und der **Magyar Gárda** (Ungarische Garde) kann und sollte man aus zwei Gründen besorgt sein. Einerseits wegen der Stimulierung und der Verstärkung der in der Gesellschaft vorhandenen Vorurteile, andererseits weil es scheint, dass sich jetzt ein rechtsradikales Lager institutionalisiert und bleibend etabliert hat«, sagt Zsolt Enyedi, Institutsvorstand für Politologie der Central European University in Budapest. Er führt die Ereignisse der letzten Zeit auf einige unterschiedliche Faktoren zurück. »In den vergangenen Jahren ist es zu immer mehr Aggression im politischen Leben gekommen, erst verbal, dann auch real. Die Rechte hat zur Gewalt der Straße gegriffen, die Regierung ist wegen der Polizeigewalt ins Kreuzfeuer geraten, beide werfen sich Übergriffe vor. Dieses Gewaltpotenzial, das sich, mit Ausnahme der Linken Zivilgesellschaft, allgemein bemerkbar macht, ist der Hintergrund für den Rassismus.«

W E B L I N K S

Studie Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa

www.politikberatung.or.at/typo3/fileadmin/02_Studien/6_europa/Rechte_Parteien.pdf

»Die Mitglieder der Parteien der extremen Rechten sind, wenn sie auch vielleicht nicht zahlreicher, so jedenfalls sichtbarer und aggressiver geworden«, sagt Péter Feldmájer, der Präsident der Ungarischen Jüdischen Glaubensgemeinschaft MAZSIHISZ.

»Früher haftete ihnen der Geruch von Mottenkugeln an, doch mittlerweile sind jüngere Intellektuelle nachgewachsen, die die modernen Gegebenheiten, seien es die Medien, sei es das Internet, zu ihrem Vorteil nutzen, und sie sprechen eine Sprache, die sowohl von einschlägigen Elementen als auch von einer breiten Bevölkerungsschicht wahrgenommen wird.

Es gibt zwar leider keinen Blödsinn, den sich Menschen nicht ausdenken, aber ich bin Optimist und denke, dass die Verschwörungstheorien und der Rassismus zurückgehen werden.«

K O N T A K T

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor
dinomail@gmx.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Nicht willkommen

Während in der EU die letzten Grenzen beseitigt werden, wird die Union nach außen hin immer mehr zur Festung.

Autorin: Mag. Ruth Bauer

AHS-Lehrerin und freie Journalistin
mit Schwerpunkt Afrika

Das italienische Ferienparadies Lampedusa liegt nur 113 Kilometer vor der afrikanischen Küste. Lampedusa ist ein Touristenrausch mit spektakulären Tauchregionen, kristallklarem Meer und herrlichen Stränden. Doch Lampedusa hat zwei Gesichter. In den vergangenen Jahren hat die Insel sich zum Auffanglager für die sogenannten Boat-People entwickelt. Zahllose namenlose Gräber auf Lampedusa sind stumme Zeugen unzähliger menschlicher Schicksale. Sie stehen für Jahre auf der Flucht, die in einer gefährlichen Bootsfahrt auf überladenen Booten endet, erzählen von ungehörten Beweggründen für dieses todesmutige Wagnis, berichten von Angst und Ertrinken.

Unmenschliche Auffanglager

Diejenigen Flüchtlinge, die die Überfahrt überlebt haben und schließlich Festland betreten durften, werden nach ihrer Ankunft in Lager gesteckt. Viele Flüchtlinge werden auch direkt nach Libyen zurückgeschickt. Denn mit Libyen hat die EU ein »freundschaftliches« Abkommen getroffen: Das Land erklärte sich bereit, direkt auf afrikanischem Boden, Auffanglager zu betreiben. Von ausreichender Versorgung mit Nahrung, Kleidung, Medikamenten oder gar psy-

chologischer Betreuung kann dabei allerdings nicht die Rede sein. Auch die Lager auf Malta und Lampedusa bieten nicht viel bessere Bedingungen. Hilfsorganisationen wie Ärzte ohne Grenzen protestieren immer wieder gegen die unmenschlichen Zustände dort.

2.000 Tote jedes Jahr

Mindestens 2.000 Menschen dürften nach Aussage verschiedenster Hilfsorganisationen jährlich im Mittelmeer den Tod finden. Die Dunkelziffer liegt weit über höher, denn oft verschwinden Boote spurlos.

Im April 2009 starben an einem einzigen Tag etwa 600 Menschen im Mittelmeer. Ein Tunesier wird von einem libyschen Behördenvertreter zitiert: »Ich war mit 13 weiteren Tunesiern auf dem Boot mit 365 Flüchtlingen. Ich bin der einzige Überlebende.«

Ein anderes Boot mit 257 Flüchtlingen an Bord kenterte und sank am selben Tag. Das EU-Parlament legte daraufhin sogar eine Schweigeminute ein. Die Tränen allerdings sind Krokodilstränen, denn Europa möchte für das Drama an seinen Außengrenzen keine Verantwortung übernehmen. Technisch gesehen wäre es übrigens leicht möglich, Boote in Seenot via Satelliten zu orten und die Menschen zu retten.

Nach der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) ist es völkerrechtswidrig, Menschen, die im Sinne der GFK Flüchtlinge sind, zurückzuweisen. Sicherlich, viele Flüchtlinge fliehen nicht nur vor Verfolgung aufgrund ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu

einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung, wie es die GFK vorsieht. Sie fliehen auch vor Hunger oder Umweltkatastrophen, oft verursacht durch Globalisierungsprozesse und die Länder des Nordens. Die Grundsätze der GFK entstanden nach dem 2. Weltkrieg unter dem Eindruck von Naziterror und Völkermord. Den berechtigten Gründen vieler heutiger Flüchtlinge werden sie nicht mehr ausreichend gerecht und sollten daher erweitert werden.

EU-Innenpolitik

Die EU-Innenpolitik soll einen »Raum der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts« schaffen. Die Bürgerinnen und Bürger der Union können diesen Raum frei und ohne lästige Grenzkontrollen bereisen. Durch die Erweiterung des Schengen-Raumes sind die EU-Außengrenzen nach Südosten verschoben worden und Österreich liegt mittlerweile im Herzen der grenzenlosen EU.

Selbst einige eingefleischte KritikerInnen der EU-Erweiterung schätzen mittlerweile die Vorteile, die der Abbau der Grenzbalken im Alltagsleben bringt. Doch Sicherheit und Freiheit haben einen Preis. Im gleichen Maß wie die EU ihren BürgerInnen Hindernisse aus dem Weg räumt, grenzt sie sich nach außen hin ab.

Der »Raum der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts« ist nach außen hin eine Festung. »Eindringlinge« sind nicht erwünscht und müssen draußen bleiben. Vor ihnen schützt die EU ihre Außengrenzen sorgfältig und mit Nachdruck.



Der »Raum der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts« ist nach außen hin eine Festung. »Eindringlinge« sind nicht erwünscht und müssen draußen bleiben.

Auch wenn dies den Tod der Boat-People bedeutet.

Frontex

Im Oktober 2004 beschloss der Rat der EU eine Verordnung zur Errichtung einer eigenen Grenzschutzagentur. Seit Mai 2005 ist diese mit dem klingenden Namen Frontex aktiv und schützt die EU-Außengrenzen. Ihr Sitz ist in Warschau, ihr Handlungsfeld die komplette EU und, um Flüchtlinge erst gar nicht ankommen zu lassen, immer stärker auch das gesamte Mittelmeer und somit auch fremde Küstengewässer. Offiziell untersteht Frontex der Kontrolle des Europäischen Parlaments und muss diesem regelmäßig Bericht erstatten. Tatsächlich sind die Aktivitäten von Frontex allerdings höchst undurchsichtig und kaum nachvollziehbar.

Neben dem Abfangen der Boat-People wird die Agentur überall dort aktiv, wo »Ausnahme- und Notsituationen«¹ bestehen. Jeder Mitgliedsstaat, der sich vermeintlich einem »massiven Zustrom von Drittstaatsangehörigen gegenüber sieht, die versuchen in sein Hoheitsgebiet einzureisen«, kann Frontex zu Hilfe rufen. Das lässt natürlich erheblichen Interpretationsspielraum offen und überträgt es damit den einzelnen Mitgliedsstaaten, zu entscheiden wann »massiver Zustrom« vorliegt. Dubios muten

¹ Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. April 2007 zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Rates und des Europäischen Parlaments über die Bildung von Soforteinsatzteams für Grenzsicherungszwecke und zur diesbezüglichen Änderung der Verordnung EG Nr. 2007/2004 des Rates (KOM(2006)0401 (10) – C6-0253/2006 – 2006/0140(COD))(11).

auch die »Teams aus AsylexpertInnen« an, die von Frontex abgestellt werden können, um ein Erstprofil von den Flüchtlingen zu erstellen. Fast immer fallen diese Urteile schon an der Grenze negativ aus. Auch die UNHCR äußert sich dazu besorgt: »Es darf nicht von Grenzschutzbeamten oder Sicherheitskräften entschieden werden, ob jemand Anspruch auf Asyl hat oder nicht, denn jeder Fall ist individuell zu bearbeiten und zu untersuchen«, sagt Lloyd Dakin, Repräsentant der UNHCR.

Motor für EU-Innenpolitik

Was in anderen Bereichen der EU-Innenpolitik noch in den Kinderschuhen steckt wird bei der Bekämpfung illegaler Migration längst praktiziert. Beamte mehrerer EU-Länder, gekleidet in ihren jeweiligen Uniformen, werden in einem dritten EU-Land aktiv.

Eine völlig neue Entwicklung von Polizeibefugnissen. So praktiziert etwa bei einer Frontex-Mission mit dem viel versprechenden Namen Amazon II, die auf den internationalen Flughäfen Frankfurt, Amsterdam, Barcelona, Lissabon, Mailand, Madrid, Paris und Rom stattfand. Die Mission Amazon II wurde gestartet, weil Frontex »starke Migrationsbewegungen auf dem Luftweg aus Lateinamerika« festgestellt hatte. Passagiere aus Lateinamerika wurden kontrolliert, und auch wer mit korrekten Papieren ankam wurde von den internationalen Polizisten aufs genaueste verhört. Während 17 Tagen wurden auf diese Weise 2.161 Menschen abgefangen und wie potenzielle Kriminelle behandelt.

KURZ GEFASST

Trotz aller Bemühungen und immer weiter verschärfter Kontrollen, gibt es bisher keinen merklichen Rückgang der illegalen Migration nach Europa. Zwar wird es für illegale Flüchtlinge immer schwieriger und oft auch gefährlicher bestimmten Routen zu folgen. Die erhoffte abschreckende Wirkung bleibt jedoch aus – zu stark ist die Anziehungskraft, zu viele Fernseher verbreiten auch noch in den letzten Winkel der Slums der Welt das Bild vom reichen, sicheren Europa. Wir werden uns in der Zukunft keine Gedanken mehr darüber machen müssen, ob es uns passt, dass Menschen nach Europa fliehen – denn sie werden es ohnehin tun (müssen). Abschottung allein ist als Ziel der EU-Innenpolitik sinnlos und überflüssig. Klar ist, dass wir Verantwortung übernehmen und Wege finden müssen, mit den flüchtenden Menschen besser und fairer umzugehen, uns überlegen müssen, wie wir sie unterstützen, und wie wir weitere humanitäre Katastrophen, wie den Tod von unschuldigen Menschen auf der Flucht, verhindern können.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
ruth.bauer@gmx.net
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Wichtige soziale Arbeit

GPA-djp und vida fordern eine Sozialmilliarde, um die Konjunktur zu beleben und soziale Arbeit aufzuwerten.

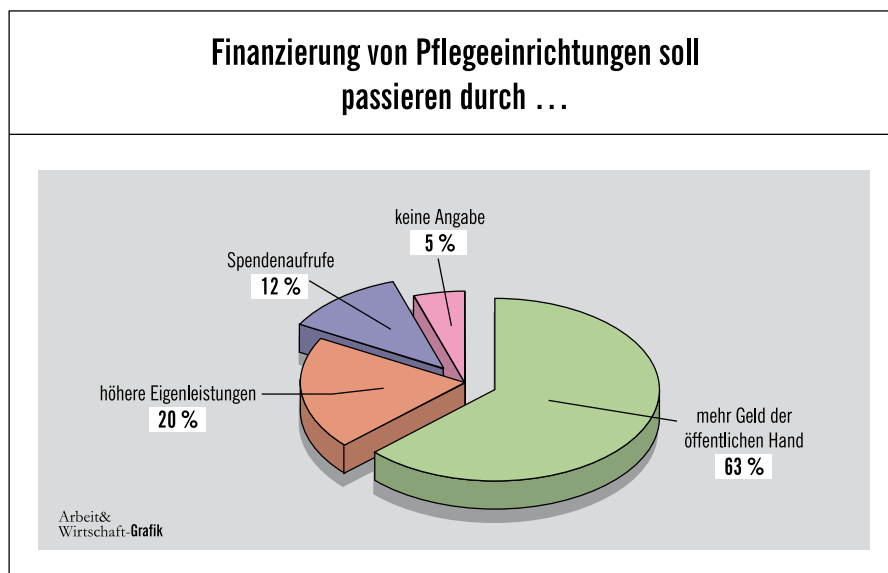
Autorinnen: Dr. Barbara Lavaud,
Mag. Lucia Bauer

GPA-djp, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit,
GPA-djp, Büro des Vorsitzenden

In Österreich arbeiten über 200.000 Menschen im Gesundheits- und Sozialwesen, davon fast 80 Prozent Frauen: sie pflegen kranke und alte Menschen, betreuen Menschen mit Behinderungen, kümmern sich um Jugendliche, sorgen für den Neustart von Suchtkranken und Haftentlassenen oder arbeiten bei Rettungsdiensten. Leider findet diese schwierige und belastende Arbeit nicht die erforderliche gesellschaftliche und finanzielle Anerkennung.

Finanzielle Situation

2007 betrug das durchschnittliche Bruttoeinkommen im Gesundheits- und Sozialbereich 1.506 Euro monatlich und liegt damit fast 20 Prozent unter den Bruttoeinkommen aller Beschäftigten. »Nur 40 Prozent der Beschäftigten in diesem Bereich arbeiten Vollzeit. Daher verdienen diese ArbeitnehmerInnen oft noch deutlich weniger als 1.500 €«, erzählt Martha Fleschurtz, Betriebsratsvor-



sitzende der Volkshilfe Linz. Viele der KollegInnen würden gerne mehr arbeiten, ist sie überzeugt.

Viele Einrichtungen, gemeinnützige Vereine und karitative Organisationen, arbeiten und leiden unter Finanzierungsengpässen und sind auf Subventionen durch die öffentliche Hand und Spenden angewiesen. Bund, Länder und Gemeinden kommen ihrer Finanzierungsverantwortung nicht ausreichend nach, obwohl sie deren Leistungen beauftragen.

»Wir sind wohl die einzigen BetriebsrätInnen, die zu den PolitikerInnen gehen und um Geld für unsere ArbeitgeberInnen bitten«, beklagt Fleschurtz die schwierige finanzielle Situation der sozialen Vereine. Und sie rechnet damit, dass sich der Druck in Zeiten der Krise wohl noch verschärfen wird: »Erste Projekte werden bereits als zu teuer beendet.«

Wegen der knappen Budgetmittel fehlt es an qualifiziertem Personal. Darunter leidet die Qualität, und der Arbeitsdruck auf die Beschäftigten steigt. In manchen Fällen wird nicht einmal das kollektivvertragliche Mindestgehalt bezahlt. Auch die Arbeitszeit ist für viele Beschäftigte alles andere als attraktiv, weiß Renate Donhofer, Konzernbetriebsratsvorsitzende bei Caritas Socialis: »Immer mehr Beschäftigte müssen sogenannte geteilte Dienste leisten, haben ihre Arbeitszeit also in einzelne Blöcke am Tag aufgeteilt. Mittlerweile sind von 20 Arbeitstagen schon 15 solche mit geteilten Diensten.« Auch die Zeit, die für die betreuten Menschen aufgewendet werden kann, wird immer knapper. »In einer halben Stunde Abendbetreuung für einen demenzkranken Patienten ist noch die Anfahrtszeit eingerechnet. Bleiben also gerade einmal

WEBLINKS

Mehr Infos unter:
www.gpa-djp.at
www.vida.at

INFO & NEWS

IFES-Umfrage zum Gesundheits- und Pflegebereich

Die Ergebnisse einer Befragung des Instituts für Empirische Sozialforschung (IFES) im März 2009 im Auftrag der GPA-djp/vida bestätigten die politische Forderung der Gewerkschaften nach einer besseren finanziellen Ausstattung des Gesundheits- und Sozialbereiches: Für zwei Drittel der Befragten sollte die Finanzierung von Pflegeeinrichtungen durch die öffentliche Hand sichergestellt werden (siehe Grafik).

Auch die gewerkschaftliche Forderung einer besseren gesellschaftlichen und finanziellen Anerkennung der schwierigen und belastenden Arbeit in diesem Bereich wird durch die Umfrageergebnisse bestätigt: Eine klare Mehrheit erkennt die große Belastung, der diese Berufsgruppen ausgesetzt sind.

Im Verhältnis zu den Anforderungen in Pflegeberufen wird die Entlohnung als zu gering wahrgenommen (siehe Grafik).

Ausgleichsmaßnahmen – z. B. Anspruch auf längeren Urlaub oder Auszeit – für die Belastungen in Pflegeberufen werden überwiegend befürwortet.

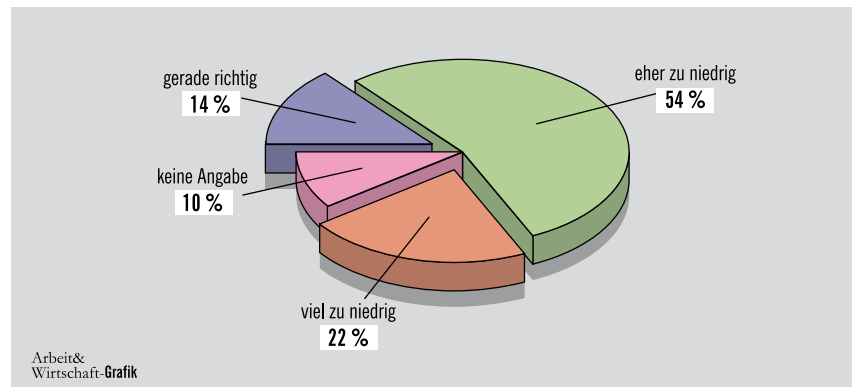
15 Minuten (!) für die effektive Betreuung, also Essen machen und Waschen.«

Initiative von GPA-djp und vida

Dabei wird der Bedarf an Pflege aufgrund der demografischen Entwicklung in den kommenden Jahren deutlich steigen. Bereits 2050 wird es 50 Prozent mehr Demenzzranke geben als heute. Es ist daher kurzfristig, in diesen Bereichen zu sparen.

Um der unhaltbaren Situation entgegenzutreten, starteten die Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp) und die Gewerkschaft vida die Initiative »Soziale Arbeit ist mehr wert!«. »Wir glauben, dass in diesen gesellschaftlich wichtigen Sektor verstärkt investiert werden muss. Wir fordern daher in einer Initiative an das österreichische Parlament eine Sozialmilliarde für ein flächendeckendes, bedarfsgerechtes Angebot an Gesundheits- und

Die Bezahlung der Beschäftigten in Gesundheits- und Sozialeinrichtungen ist ...



Sozialdiensten, die Schaffung zukunftsicherer Arbeitsplätze sowie attraktivere Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung. In den Konjunkturpaketen sollen auch die Gesundheits- und Sozialdienste gestützt werden«, fordert GPA-djp-Vorsitzender Wolfgang Katzian.

Das bringt doppelten Nutzen: Erstens werden damit die großen Defizite im Betreuungsbereich, besonders in der Pflege und Kinderbetreuung, geschlossen und zweitens sind diese Investitionen unmittelbar und hoch beschäftigungswirksam. Zur dauerhaften finanziellen Abstützung sollte zudem ein steuerfinanzierter Pflegefonds eingerichtet werden. Im April sammelten die beiden Gewerkschaften über 10.000 Unterstützungserklärungen für ihre gemeinsame Initiative.

Qualität muss an erster Stelle stehen: Ausbildungsstandards dürfen nicht dadurch unterlaufen werden, dass – wie bei der 24-Stunden-Betreuung – auch Beschäftigte ohne Ausbildung für die Tätigkeiten in Pflege und Betreuung zugelassen werden. »Obwohl es hier um die Betreuung und Pflege von alten und kranken Menschen geht, ist nach wie vor keine Ausbildung verpflichtend. Krankheitsverläufe zu erkennen und mit Symptomen richtig umgehen zu können, z. B. bei Demenz, dafür braucht es jedoch Qualifizierung«, sagt Rudolf Kasko, Vorsitzender der Gewerkschaft vida.

»Die nachhaltige Finanzierung von KV-Mindeststandards, marktgerechten Überzahlungen sowie Übergangsrechten

bei Neugestaltung der Arbeitsbeziehungen im Sozial- und Gesundheitsbereich sollte von Bund, Ländern und Gemeinden in ihrer Finanzierungsverantwortung außer Streit stehen und wenn notwendig auch durch neue Steuereinnahmen, etwa vermögensbezogenen Steuern, finanziert werden«, setzt Katzian fort. »Angesichts der Alterung unserer Gesellschaft wird die öffentliche Hand auch in Zukunft mehr Geld für Betreuung und Pflege aufwenden müssen. Dafür soll ein steuerfinanzierter Pflegefonds geschaffen werden«, ergänzt Kasko. Voraussetzung dafür ist ein struktureller Umbau unseres Steuersystems – weg von der hohen Besteuerung von Arbeitseinkommen, hin zur Besteuerung der großen Vermögen.

»Diese engagierten Menschen sollen auch weiterhin ihre gesellschaftlich wertvolle Arbeit mit Qualität verrichten können – wir fordern daher faire Einkommen und gute Arbeitsbedingungen«, so Kasko weiter, denn: »Arbeitsplätze in diesem Bereich auszubauen ist Krisenvorsorge und aktive Beschäftigungspolitik!«

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorinnen
lucia.bauer@gpa-djp.at
barbara.javaud@gpa-djp.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Mitbestimmen

*Wichtige Rechte der ArbeitnehmervertreterInnen in Krisenphasen.
Teil 3: Anfechtung von »sozialwidrigen« Kündigungen und/oder Sozialplan?*

Autor: Mag. Hannes Schneller

AK Wien, Abteilung Sozialpolitik

Der Abbau von Arbeitsplätzen sollte das letzte Mittel sein, um ein Unternehmen in wirtschaftlicher Schieflage zu sanieren. Auch vonseiten der ArbeitgeberInnen-Interessenvertretungen ist zu lesen – meines Erachtens ein Zeichen einer funktionierenden Kultur der Sozialpartnerschaft: »Durch Personalabbau erreicht der Arbeitgeber die Senkung seiner Fixkosten, allerdings nur um den Preis von u. U. erheblichen Beendigungskosten (z. B. Abfertigung alt, Sozialplan, Kündigungsanfechtungsverfahren) und des Verlusts von Know-how, das oft auf Kosten des Arbeitgebers aufgebaut wurde. Personalabbau ist daher nur dann sinnvoll, wenn die Kostensenkung aus wirtschaftlichen Gründen unvermeidbar ist, und/oder wenn für die betroffenen Arbeitnehmer dauerhaft keine Verwendung mehr gefunden werden kann. Wegen dieser gravierenden Nachteile wird (neben Kurzarbeit oder Bildungskarenz; Anm.) oft der Weg der Beendigung von Arbeitsverhältnissen für zwei bis drei Monate mit Wiedereinstellungszusagen gewählt.«

Imageverschlechterung befürchtet

Hinzuzufügen ist: Nicht nur Know-how, sondern auch Motivation bei der »übrig gebliebenen« und stärker belasteten Belegschaft und »Betriebsgeheimnisse« sowie die eingespielte, koordinierte Produktivität eines Teams gehen durch Kündi-

gungen verloren. So befürchten mehr als die Hälfte dazu befragter ManagerInnen die Verbreitung negativer Gerüchte (unter KundInnen, LieferantInnen etc.), die Störung des Betriebsfriedens und ganz allgemein eine Imageverschlechterung, wie aus einer aktuellen deutschen Umfrage hervorgeht (www.boecklerimpuls.de).

Zum Kündigungsschutz allgemein

Im Regelfall ist jedes Arbeitsverhältnis ohne Angabe von Gründen kündbar, und das selbst während des Urlaubs oder Krankenstands. Bestimmte ArbeitnehmerInnen (Schwangere, Personen in Mütter- oder Väterkarenz, Betriebsratsmitglieder, begünstigte Behinderte etc.) haben, oft nur vorübergehend, einen »besonderen Kündigungsschutz«. Alle anderen unterliegen nach sechsmonatiger Beschäftigung in einem Betrieb mit mindestens fünf ArbeitnehmerInnen dem sogenannten »allgemeinen Kündigungsschutz« (also Motiv- oder Sozialwidrigkeits-Anfechtungsmöglichkeiten) nach den §§ 105 bis 107 ArbVG. Für »jüngere« ArbeitnehmerInnen ohne Unterhaltsverpflichtungen ist dieser Schutz allerdings de facto kaum gegeben.

Die Einschätzung, ob noch Chancen für Kündigungsanfechtungen wegen Sozialwidrigkeit bestehen, oder ob für die von der Krise besonders betroffenen Arbeitsplätze nur noch über Abfederungen durch einen Sozialplan verhandelt werden soll, ist wohl eine der schwierigsten. Jeder Betriebsrat wird mit Unterstützung von Gewerkschaft und Arbeiterkammer versuchen, Arbeitsplätze zu retten. Erst wenn das aussichtslos ist, ist ein Sozialplan, der

BUCHTIPP

Josef Cerny/Sieglinde
Gahleitner/Joachim Preiss/
Hannes Schneller
Arbeitsverfassungsrecht
Band 3

ÖGB-Verlag, 2009,
832 Seiten, € 38,-
ISBN 978-3-7035-1309-1



Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

v. a. Geld- und Umschulungsleistungen (Arbeitsstiftungen!) vorsieht, der letzte Ausweg. Im Rahmen seiner »sozialen Gestaltungspflicht« müsste der Arbeitgeber und im Rahmen des »Sozialvergleichs« könnte der Betriebsrat jene ArbeitnehmerInnen, für die die Kündigung eine geringere soziale Härte darstellt, in den Sozialplan einbeziehen, jenen mit schlechteren Arbeitsmarktchancen oder höheren Unterhaltsverpflichtungen jedoch den Arbeitsplatz zu erhalten versuchen.

Anfechtungsverzicht bei Sozialplan

Zu beachten ist dabei, dass in einem Sozialplan vom Betriebsrat nicht rechtswirksam auf Kündigungsanfechtungen verzichtet werden kann. Dann besteht aber die Gefahr, dass der Arbeitgeber nicht bereit ist, einen angemessen dotierten Sozialplan abzuschließen, weil er ja keine Rechtssicherheit hat, gewisse Arbeitsverhältnisse beenden zu können. Der

Betriebsrat hätte kaum »Verhandlungsmasse«. Nach der Rechtsprechung des OGH bietet sich aber eine für die Praxis tragbare Lösungsmöglichkeit an: Wenn das Vorverfahren, also die Verständigung des Betriebsrates von den beabsichtigten Kündigungen und die Beratungen darüber (§ 105 Abs. 1 und Abs. 2 ArbVG), gemeinsam mit den Sozialplanverhandlungen abgeführt wird und die von bevorstehenden Kündigungen vermutlich Betroffenen schon in den Sozialplan »aufgenommen« werden, können die darauf folgenden Kündigungen vom sogenannten »Sperrrecht« des Betriebsrat rechtswirksam erfasst werden. Zwei Voraussetzungen sind zu beachten:

■ Es muss der »Anfechtungsverzicht« positiv formuliert bzw. vereinbart werden, nämlich als Verpflichtung des Betriebsrats, der Kündigung gemäß § 105 Abs. 6 ArbVG zuzustimmen (und nicht: »Der Betriebsrat verzichtet auf die Kündigungsanfechtung hinsichtlich ...«)

■ Die zeitliche Nähe zwischen dem Vorverfahren und tatsächlichem Kündigungsausspruch ist zu wahren.

Anfechtungsverfahren

Bei »Sozialwidrigkeit« (§§ 105 und 107 ArbVG) oder einer »vorgeschiebenen« Entlassung (§§ 106 und 107 ArbVG) sind Anfechtungsverfahren möglich. Dabei sind wesentliche Interessen-Beeinträchtigungen der ArbeitnehmerInnen gegen betriebliche oder personenbedingte Gründe, welche die Kündigung rechtfertigen, gerichtlich abzuwägen.

Das Kündigungsanfechtungsverfahren des § 105 ArbVG lässt sich überblicksartig folgendermaßen darstellen:

a) Vorverfahren: Von jeder beabsichtigten Kündigung ist der Betriebsrat bei sonstiger Rechtsunwirksamkeit der Beendigung zu verständigen, es sollte darüber beraten werden (beachte § 105 Abs. 2) und die ArbeitnehmerInnenvertretung kann innerhalb von fünf Arbeitstagen (der Verständigungstag zählt noch nicht, aber der Samstag in einem Handelsbetrieb z. B. schon, weil es sich um einen »betriebsüblichen Arbeitstag« handelt!) auf folgende Arten dazu Stellung nehmen:

■ ausdrücklicher, am besten schriftlicher, Widerspruch gegen die Kündigung (»die Zustimmung wird verweigert« genügt nicht!);

■ keine oder undeutliche (siehe oben) Stellungnahme (»schlichter Widerspruch«);

■ Zustimmung zur Kündigung (»Sperrrecht« – weil der Weg zu Gericht versperrt wird; nur bei »Sozialwidrigkeit«, nicht aber bei verpönten Motiv zulässig).

b) Jede ohne Zustimmung des Betriebsrates ausgesprochene Kündigung ist nur »schwebend wirksam«, wenn sie binnen einer Woche nach Verständigung des Betriebsrats (durch den Betriebsinhaber) vom erfolgten Ausspruch der Kündigung bei Gericht angefochten wird. Es bestehen drei Möglichkeiten der Klageeinbringung (§ 105 Abs. 4):

■ Zur Erhebung dieser »Anfechtungsklage« ist primär der Betriebsrat berechtigt, vorausgesetzt er hat der Kündigungsabsicht ausdrücklich widersprochen und der betroffene Arbeitnehmer hat ihn um die Anfechtung ersucht (aufgefordert).

■ Nimmt der Betriebsrat trotz ursprünglich angemeldeten Widerspruchs und trotz Zusage, dass er anfechten werde die Anfechtung nicht vor, können ArbeitnehmerInnen selbst binnen einer weiteren Woche (also in der 2. Woche nach dem Kündigungszugang) Anfechtungsklage erheben.

In diesen beiden Fällen ist die kurze, einwöchige Anfechtungsfrist zu beachten!

■ Hat der Betriebsrat, obwohl er im Vorverfahren noch widersprochen hatte, gleich zum AN gesagt, dass er nicht anfechten werde (z. B.), stehen den betroffenen ArbeitnehmerInnen die erste und die zweite Woche ab Zugang der Kündigung an sie (Einlangen des Schreibens oder Zukommen der Mitteilung) als Klageeinbringungsfrist zur Verfügung.

Die »Anfechtungsklage« muss binnen obiger Fristen (wieder zählt der Zugangstag nicht, aber ab dem folgenden Tag läuft die Frist, sodass ein Mitteilungszugang am Dienstag die Frist von Mittwoch bis Dienstag der Folgewoche laufen lässt) zur

WEBLINKS

Alle Infos für BetriebsrätInnen
www.betriebsraete.at

Post oder beim zuständigen Gericht zu Protokoll gegeben werden. Zuständig ist das »Betriebsstz-Gericht«, also jenes Landesgericht in Arbeits- und Sozialrechtssachen, in dessen Sprengel der Betrieb liegt.

c) Die Interessenabwägung durch das Gericht (Vorsitz durch einen bzw. in 2. und 3. Instanz durch drei Berufsrichter; je ein fachkundiger Laienrichter von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite) hat die »wesentliche soziale Beeinträchtigung« der ArbeitnehmerInnen gegen »betriebliche Erfordernisse« bzw. »personenbedingte Kündigungslegitimität« zu umfassen. Nach freiem richterlichem Ermessen, unter Heranziehung aller vorgebrachten oder amtswegig verlangten Beweise, ist das Urteil zu finden. Die Verfahrensvorschriften des ASGG (Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz) und subsidiär der ZPO (Zivilprozessordnung) kommen zur Anwendung. Die jeweiligen Interessen sind einander im Anfechtungsverfahren objektiv, und nicht nach subjektiver Beurteilung von Kläger und Beklagtem, gegenüberzustellen: Hat der/die ArbeitnehmerIn erhebliche soziale Nachteile zu erwarten, der/die ArbeitgeberIn bei Aufrechterhaltung des Arbeitsplatzes jedoch nur relativ geringfügige organisatorische Nachteile, dann überwiegen die ArbeitnehmerInnen-Interessen und der Anfechtungsklage ist stattzugeben.

Welche Kriterien auf ArbeitnehmerInnen- und auf ArbeitgeberInnenseite für die Wirksamkeit bzw. Unwirksamkeit einer Kündigung gelten, beleuchten wir in der nächsten Ausgabe von A&W.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
johann.schneller@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Theodor-Körner-Fonds

Auch 2009 unterstützt der Förderungsfonds 41 zukunftsweisende wissenschaftliche und künstlerische Arbeiten.

Der Fonds wurde im Jahr 1953 anlässlich des 80. Geburtstages des damaligen Bundespräsidenten Theodor Körner gestiftet. Seitdem werden jedes Jahr herausragende Arbeiten aus Wissenschaft und Kunst ausgezeichnet. Damit werden junge WissenschaftlerInnen und KünstlerInnen gefördert, die schon jetzt exzellente Arbeit leisten und von denen noch weitere innovative Arbeiten erwartet werden können. Forschung über Anzeichen zur Früherkennung des Rett-Syndroms bei Kindern, den Einfluss der Welthandelsorganisation (WHO) auf nationales Steuerrecht bis hin zu experimenteller Lyrik: Das sind nur drei Beispiele für die Arbeiten von insgesamt 49 jungen WissenschaftlerInnen und KünstlerInnen, an die heuer der Theodor-Körner-Fonds jeweils zwischen 1.500 und 3.000 Euro Starthilfe vergibt.

Arbeit fortsetzen wird ermöglicht

Die Förderung ermöglicht, dass die PreisträgerInnen ihre Arbeit fortsetzen können. Die Preise verlieh AK-Präsident Herbert Tumpel an der Universität Wien. Zusätzlich vergab die Stadt Wien drei Spezialpreise.

In seiner Arbeit untersucht Peter Marchik Frühzeichen des Rett-Syndroms bei Kindern. Dazu sollen Entwicklungspro-



file der ersten Phase des Krankheitsverlaufs erstellt werden. Seine Ergebnisse bezieht er aus Audio- und Videoanalysen, die Familien von Betroffenen aus der ganzen Welt zur Verfügung stellen. Ziel der Arbeit ist es Indikatoren zu entwickeln, die eine verlässliche Früherkennung der Krankheit und somit eine bessere Versorgung der Betroffenen und ihrer Familien ermöglichen.

Klaus Rier analysiert in seiner Arbeit den Einfluss der Welthandelsorganisation (WTO) auf die Ausgestaltung des nationalen Steuerrechts der Mitgliedsstaaten und geht der Frage nach, welchen Einfluss die fortschreitende internationale Rechtsharmonisierung auf die Steuerautonomie der einzelnen Staaten hat.

Hauptziel ist dabei, jene Bestimmungen des WTO-Regelwerkes herauszuarbeiten, die in besonderem Maße auf die fiskalpolitischen Entscheidungen der

Mitgliedsstaaten Einfluss nehmen und somit Maßstäbe für die Ausgestaltung der nationalen Steuersysteme sind.

Einen Förderpreis im Bereich Literatur bekommen Hermann Niklas und Maria Seisenbacher für die Arbeit an ihrem ersten gemeinsamen Gedichtband. Die beiden KünstlerInnen entwickeln dabei kommunizierende Gedichte in Form von Antwortgedichten. Ein zu einer bestimmten Situation verfasstes Gedicht wird von dem/der DialogpartnerIn aufgenommen und bearbeitet. Als Antwort darauf entsteht ein neues Gedicht, das seine/ihre Sichtweise des Erlebten widerspiegelt. Im Laufe der Zeit nähern sich Sprache und Stile dem Ziel der Entwicklung einer gemeinsamen Sprache an.

Bis 30. November 2009 können nicht fertiggestellte Arbeiten aus Wissenschaft und Kunst für den Theodor-Körner-Fonds 2010 eingereicht werden.

WEBLINKS

Alle Infos und Online-Bewerbung
www.theodorkoernerfonds.at

Die Besten

Die bbk09 – beste betriebliche Kommunikation –, eine Auszeichnung von ÖGB und AK Wien, ist Ende April erstmals vergeben worden.

Autorin: Nani Kauer

Referatsleitung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im ÖGB

Kommunikation mit den Angestellten einer Konzernzentrale? Kaum ein Problem mit E-Mail oder Intranet. Selbst in einem klassischen Produktionsbetrieb ist es meistens einfach, die KollegInnen mit Plakaten am Schwarzen Brett oder Betriebszeitung gut zu erreichen. Aber wie informieren PersonalvertreterInnen Schulwarte, wie kommen HeimhelferInnen rasch zu wichtigen Informationen ihres Betriebsrates, und wie erreicht man ZeitarbeiterInnen?

Schwarzes Brett bis Weblog

Neue Arbeitsformen machen auch neue Formen der Kommunikation nötig. Wichtige Infos für den Lokführer? Mit einem SMS-Service gar kein Problem! Ständig neue Infos – ein Weblog, eine Art Tagebuch im Intranet, machts möglich. Die klassischen Mittel der betrieblichen Kommunikation, von Betriebsratszeitung über Flugblatt und Schwarzes Brett, haben noch lange nicht ausgedient. Am Beginn des 21. Jahrhunderts haben Betriebs-

rätInnen und PersonalvertreterInnen aber erkannt, dass sie dafür auch moderne Kommunikationskanäle einsetzen können. Intranet, Weblogs oder sogar SMS-Service sind schon Standardrepertoire.

AK Wien und ÖGB-Verlag haben dem großen Engagement, das viele BelegschaftsvertreterInnen an den Tag legen, mit einer neuen Auszeichnung Rechnung getragen: Die bbk09 – beste betriebliche Kommunikation – ist Ende April erstmals vergeben worden. »Gerade in der Krise sind BetriebsrätInnen extrem gefordert«, sagte AK-Vizepräsidentin Dr. Dwora Stein im Rahmen der Preisverleihung. »Leider ist ihre Arbeit aber oft unbedankt. Mit der Auszeichnung für beste betriebliche Kommunikation wollen wir die vielen engagierten KollegInnen, die sich für andere einsetzen, vor den Vorhang holen.«

Preise wurden in drei Kategorien vergeben: beste gedruckte Kommunikation, beste digitale Kommunikation und Gesamtkommunikation. Dabei ging es nicht darum, wer die schönsten Hochglanzhefte produziert, sondern darum, ob die angewandte Kommunikationsmethode für den Betrieb und die MitarbeiterInnen passend ist – nach dem Motto »der Köder muss dem Fisch schmecken und nicht dem Angler«.

Gute Ideen nachmachen!

Die Preisverleihung soll zum einen engagierte BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen vor den Vorhang holen. Andererseits wollen AK Wien und ÖGB aber auch den Austausch anregen. Es ist ausdrücklich erwünscht, sich inspirieren zu lassen und gute Ideen nachzumachen,

INFO & NEWS

Die GewinnerInnen

In jeder Kategorie wurden drei Preise vergeben:

Print: 1. Caritas Wien, 2. Robert Bosch AG, 3. WienXtra

Digital: 1. Raiffeisen Solution/Raiffeisen Informatik, 2. Rail Cargo Austria AG, 3. Metro Cash & Carry Österreich GmbH

Gesamtkommunikation: 1. Wiener Kinder- und Jugendbetreuung, 2. ÖBB Traction GmbH, 3. SDS Software Daten Service GmbH

meint auch Erich Foglar, gf. ÖGB-Präsident: »Mit dem Preis wollen wir einerseits gelungene Kommunikation prämiieren. Wir wollen aber auch einen Austausch anregen, wollen die BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen ermuntern, voneinander zu lernen und gute Ideen anderer für ihre eigenen Betriebe aufzugreifen.«

Gleichzeitig mit der Preisverleihung wurde der Praxisratgeber »Unternehmenskrisen erkennen, analysieren, bewältigen«, der im ÖGB-Verlag erscheinen wird, vorgestellt.

WEBLINKS

Alle Infos und Bestellmöglichkeit der Broschüre »Die Besten« unter:
www.bestkom.at

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
nani.kauer@oegb.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Mitschuld an der Krise

*Der ehemalige Direktor der Nationalbank erläutert,
wie Pensionssystem und Finanzmarktkrise zusammenhängen.*

Autor: Dr. Thomas Lachs

chem. Direktor der OeNB i. R.

Zu den Opfern der weltweiten Finanzkrise mit ihren stark gesunkenen Aktienkursen zählen leider auch jene, die für Pensionen im Alter angespart haben. Sowohl diejenigen, die schon in Pension sind und nun erleben müssen, dass die Höhe der Pensionszahlungen, für die sie gespart hatten, kräftig gesenkt wird, als auch diejenigen, die derzeit noch in einen Pensionsfonds einzahlen und feststellen müssen, dass die Pension, die sie einmal erhalten sollen, wesentlich kleiner sein wird, als man für sie ursprünglich berechnet hatte. Für diese Situation wissen die FinanzmanagerInnen zahlreiche Gründe anzuführen. Was sie aber geflissentlich verschweigen ist der Umstand, dass der Ausbau der privaten Pensionsvorsorge eine der Ursachen für das ganze Dilemma auf den Finanzmärkten ist.

Güter- und Leistungsvolumen

Fangen wir aber schön der Reihe nach an: Vorerst ist es eine durch nichts wegzudiskutierende Tatsache, dass das, was sich die PensionistInnen kaufen können, immer nur ein bestimmter Anteil an dem in der Volkswirtschaft »zur Verfügung stehenden Güter- und Leistungsvolumen« ist. Dieses »zur Verfügung stehende Güter- und Leistungsvolumen« wird zwischen den Berufstätigen und den von ihnen erhaltenen, also ne-

ben den noch nicht berufstätigen Kindern und den nicht berufstätigen Familienangehörigen – jedenfalls die Hausfrauen – und vor allem den PensionistInnen verteilt. Jede dieser Personengruppen erhält ihren Anteil am »zur Verfügung stehenden Güter- und Leistungsvolumen« und zwar vorerst unabhängig davon, wie der Erwerb dieses Anteils finanziert wird.

Lebenserwartung steigt

Nehmen wir nun an, dass sich im Zeitverlauf die Anzahl der PensionistInnen erhöht, während die Anzahl der Menschen in den anderen angeführten Gruppen gleich bleibt. Das ist eine sehr realistische Annahme. Tatsächlich steigt die Lebenserwartung spürbar, sodass im Zeitverlauf immer mehr PensionistInnen einer kaum steigenden Zahl von Erwerbstätigen gegenübersteht. Das »zur Verfügung stehende Güter- und Leistungsvolumen« bleibt in dieser Annahme gleich. Tatsächlich steigt auch dieses langsam, aber viel weniger schnell, als es zur Ausschaltung der hier geschilderten Problematik notwendig wäre.

Das Resultat aus diesen Annahmen ist unausweichlich: Soll jede Pensionistin, jeder Pensionist gleich viel aus dem »zur Verfügung stehenden Güter- und Leistungsvolumen« wie bisher bekommen, dann muss – in Summe – jeder aus den anderen Gruppen weniger bekommen. Umgekehrt, wenn jeder aus den anderen Gruppen weiterhin gleich viel bekommt, dann muss jede Pensionistin, jeder Pensionist weniger bekommen.

Es gibt grundsätzlich drei Wege, wie dieses Dilemma gelöst werden kann:

- 1.** Es bekommt jede/jeder Berufstätige – und die von ihm/ihr erhaltenen Kinder und anderen Familienmitglieder – weniger Güter und Leistungen. Wohlgedemerk, hier geht es nicht um Geld, sondern um tatsächlich konsumierte Waren und Dienstleistungen. Oder
- 2.** es bekommt jede Pensionistin, jeder Pensionist weniger Güter und Leistungen, oder
- 3.** das Verhältnis zwischen der Zahl der Berufstätigen und der Zahl der PensionistInnen wird geändert, also das tatsächliche Pensionsantrittsalter wird hinaufgesetzt.

Natürlich kann es auch zu jeder beliebigen Kombination dieser drei Lösungsansätze kommen.

Umlagesystem

Wohlgedemerk: Wir haben bis jetzt nur vom »zur Verfügung stehenden Güter- und Leistungsvolumen« gesprochen und nicht von der Finanzierung des Kaufs dieser zur Verfügung stehenden Güter und Leistungen. In dem in Österreich und den meisten Industriestaaten traditionellen System wurde der Erwerb von Gütern und Leistungen durch PensionistInnen von diesen aus ihren Pensionen finanziert. Und diese Pensionen wurden ihrerseits aus den Pensionsbeiträgen der Berufstätigen



Die Politik fürchtete sich davor, den Menschen klarzumachen, dass eine höhere Lebenserwartung dazu führt, dass ein Teil von ihnen sich bei ihren Ausgaben einschränken müssten, und dass man dies mit höheren Pensionsabgaben und/oder Steuern werde finanzieren müssen.

(und – in Österreich nur zu einem sehr geringen Teil – aus Steuern) finanziert. Das nennt man mit einem Fachausdruck ein Umlagesystem.

Das hat jahrzehntelang recht gut funktioniert. Aber die steigenden PensionistInnenzahlen haben die Sorge ausgelöst, dass dieses System auf Dauer nicht funktionieren kann. Das Dilemma, dass entweder jeder weniger bekommt oder die Menschen erst später in Pension gehen können, glaubte man dadurch lösen zu können, dass man die Art der Finanzierung der Pensionen ändert. Das Umlagesystem sollte durch ein System des Ansparens für Betriebs- und Privatpensionen ergänzt werden. Weil in Zukunft für die PensionistInnen zu wenig Geld da sein wird, sollen die Berufstätigen jetzt Geld sparen, das sie dann später, wenn sie in Pension sind, ausgeben können.

Diese – teilweise – Umstellung der Finanzierung ändert natürlich überhaupt nichts an der Verteilung des »zur Verfügung stehenden Güter- und Leistungsvolumens«, wie wir sie oben beschrieben haben. Im günstigsten Fall kann sie dazu dienen zu verschleiern, dass die Berufstätigen eben einen Teil dessen, was sie sonst für Güter und Leistungen ausgegeben hätten, nun für die Pension ansparen. Also realwirtschaftlich würden die Ausgaben der Berufstätigen sinken müssen. Doch vom Standpunkt der FinanzdienstleisterInnen (Banken, Versicherungen, Fondsgesellschaften etc. und ihrer vielen Finanzprofis) war dieses Ansparen natürlich eine blendende Idee. Denn da konnte man den SparerInnen die ver-

schiedensten Produkte verkaufen – und egal wie gut oder schlecht das einzelne Produkt auch sein mochte, der Finanzdienstleister hat daran in jedem Fall verdient.

Der Politik war diese Ablenkung vom eigentlichen Problem nur recht. Sie fürchtete sich – wahrscheinlich zu Recht – davor, den Menschen klarzumachen, dass eine höhere Lebenserwartung dazu führt, dass ein Teil der – wenn nicht sogar alle – Menschen sich bei ihren Ausgaben ein wenig einschränken müssten, und dass man dies mit höheren Pensionsabgaben und/oder Steuern werde finanzieren müssen. Ebenso waren die PolitikerInnen nicht bereit, wirkungsvolle Maßnahmen zur Erhöhung des tatsächlichen Pensionsantrittsalters zu setzen. So stimmten sie begeistert zu, dass private Vorsorge die Probleme lösen könne und machten sich für diese private Vorsorge stark.

Dreisäulenmodell

Es wurde das Dreisäulenmodell zur Finanzierung der Pensionen propagiert:

- 1.** Staatliche Pensionen nach dem Umlageprinzip
- 2.** Betriebliche Zusatzpensionen aus Pensionsfonds
- 3.** Privates Ansparen für Pensionen, oft auch über Anlagefonds

Das Ganze erschien den allermeisten Menschen auch logisch. Wenn der Staat in Zukunft zu wenig Geld für die Pensionen haben würde – und das gaben

KURZ GEFASST

Dr. Thomas Lachs, ehemaliger Direktor der Österreichischen Nationalbank, erklärt, welchen Anteil die Umstellung vom Umlageprinzip auf Dreisäulenmodell zur Pensionssicherung auf die aktuelle Finanzmarktkrise hatte. Dieses Modell beruht auf der Pensionsfinanzierung durch staatliche Pensionen nach dem Umlageprinzip, betrieblichen Zusatzpensionen aus Pensionsfonds und privates Ansparen für Pensionen, oft auch über Anlagefonds. Durch die dritte Säule mussten immer größer werdende Ansparbeträge gut verzinst veranlagt werden. Der Markt bot aber nicht unbedingt größere Ansparmöglichkeiten. Aktien, Firmenbeteiligungen und Realitäten: In diesen überhitzten Märkten blühten windige Geschäfte. Die Blase platzte.

Der Autor schließt: „Ob es uns passt oder nicht, wir werden die Finanzierung der Käufe von Gütern und Leistungen durch unsere älteren Menschen auch in Zukunft ganz überwiegend mit dem bewährten Umlageverfahren bestreiten müssen.“

die »Fachleute« und die von ihnen beratenen PolitikerInnen auch zu –, dann müsse der/die Einzelne eben für seine/ihre Pension rechtzeitig ansparen. Das entsprach auch der allgemeinen Lebenserfahrung der Menschen: Was man während seiner Berufstätigkeit anspart, das steht einem später in der Pension zusätzlich zur Verfügung.

Für den Einzelnen mag das sogar stimmen. Doch das Problem der Vertei-

lung des »zur Verfügung stehenden Güter- und Leistungsvolumens« wird damit leider nicht gelöst. Im Gegenteil entstand nun ein gewaltiges volkswirtschaftliches Problem. Denn es waren große und immer größer werdende Anspargeträge zu veranlagen, denen nicht unbedingt größere Anlagemöglichkeiten gegenüberstanden.

Die Finanzanlageprofis wollten an diesen Veranlagen natürlich verdienen, sie hatten mit ihren Warnungen vor der Unfinanzierbarkeit des Pensionssystems sogar maßgeblich dazu beigetragen, dass es nun dieses nach Anlagen suchende Ansparkapital gab. Sie mussten nach – sogar hoch verzinslichen – Anlagen suchen, denn das hatten sie ja den SparerInnen – und der Politik – versprochen.

Anlageformen gesucht

Die Finanzdienstleister suchten also nach hochprofitablen Anlagen für das ihnen anvertraute Kapital. In einem Markt wo viel Kapital angeboten wurde, waren die Zinsen dafür – außer bei sehr riskanten Anlagen – natürlich nicht allzu hoch. Also mussten es Anlagen sein, bei denen man nicht nur Zinsen bekam, sondern auch am steigenden Wert der Anlage verdienen konnte.

Da boten sich vor allem zwei Anlageformen an: Aktien und Firmenbeteiligungen sowie Realitäten – Grundstücke und Gebäude – und die zu ihrem Ankauf aufgenommenen Hypotheken. Hier konnte man bei entsprechender Nachfrage mit starken Preissteigerungen und damit – zumindest am Papier – mit hohen Gewinnen rechnen. Weil das so gut zu funktionieren schien, wurden auch die verschiedensten neuen Anlageformen, welche selbst die FinanzdienstleisterInnen nicht verstanden, erfunden.

Da immer mehr Länder das »Ansparen« für die Pensionen entdeckten, war der Überhang an anlagensuchenden Geldern bald gewaltig. Sogar in Österreich, wo man noch dazu gegen den Rat von Fachleuten wie der AK eine sehr hohe Veranlagung in Aktien vorgeschrieben hatte. Die Preise für diese Anlagen stiegen angesichts der Angebote der durch die vielen Anleger erzeugten Nachfrage zwar tatsächlich stark an.

Doch der wirkliche Wert dieser Anlagen hielt mit ihren gestiegenen Preisen kaum mit.

Aktien wurden zu hohen und immer weiter steigenden Preisen gehandelt, obwohl die Ertragskraft der Firmen in keiner Weise so stark gestiegen war. Realitäten wurden immer teurer, weil für immer mehr Menschen deren Kauf mit Hypotheken finanziert wurde, obwohl klar sein musste, dass die Einkommen dieser Menschen zur Abzahlung dieser Hypotheken nicht ausreichen würden – erst recht nicht zu den Preisen, zu denen sie gekauft hatten.

Die Blase platzt

Man nennt solche Überpreise »Blasen« und – wie die Erfahrung lehrt – früher oder später platzen sie immer. Plötzlich fallen die Preise für die vorher so hoch gepriesenen Anlagen ins Bodenlose. Manchmal bis auf Null! In so überhitzten Märkten machen sich aber auch stets alle möglichen – oder besser gesagt unmöglichen – GaunerInnen breit, die mit Schneeballsystemen ahnungslosen InvestorInnen das Geld aus der Tasche ziehen.

Die als Banken ein wahnsinnig großes Rad drehen, um dann urplötzlich ihre Zahlungsunfähigkeit zu erklären und ihre Anleihen nicht mehr zu bedienen. Die Aktiengesellschaften gründen, deren wirklicher Zweck darin besteht, den GründerInnen sichere Einnahmen in Form von Provisionen und Gebühren zu beschern, unabhängig davon, ob die AktionärInnen, denen man die Aktien angedreht hatte, dabei ihr gutes Geld verlieren.

Es kommt also zur Finanzkrise, wie wir sie derzeit erleben. Die Finanzkrise schlägt sehr bald in die reale Wirtschaft durch. Denn wenn das Bankensystem nicht mehr einwandfrei funktioniert, fehlt den KonsumentInnen das Geld für den Konsum und den Unternehmen fehlt das Geld für Investitionen und sogar für den laufenden Betrieb. In der heute globalisierten Weltwirtschaft wurde diese Finanzkrise von den Ländern mit unzureichenden staatlichen Pensionen wie den USA und England ausgehend sehr rasch zu einer weltweiten Finanzkrise. Die dadurch ausgelöste Wirt-

schaftskrise breitete sich auch sehr rasch über die ganze Welt aus.

Die Opfer der Finanzkrise sind vor allem jene SparerInnen, deren Sparen die ganze Übernachfrage nach Anlagemöglichkeiten ausgelöst hat. Denn sie verlieren einen Teil (manchmal sogar alles) dessen, was sie für ihre Pensionen angespart hatten. Ihr Kapital wurde in der Finanzkrise zumindest teilweise vernichtet. Volkswirtschaftlich geht sich damit die Sache wieder aus. Es ist nun wieder weniger anlagensuchendes Kapital vorhanden. Aber die Hoffnung, sich mit finanziellen Tricks um die Lösung des Problems der Verteilung des »zur Verfügung stehenden Güter- und Leistungsvolumens« drücken zu können, ist gescheitert. Es war eine schöne Illusion, aber eben nur eine Illusion.

Um jedes Missverständnis auszuschließen: Die Umstellung der Pensionsfinanzierung ist sicher nicht die einzige und wahrscheinlich sogar nicht die wichtigste Ursache für die Finanzkrise. Da sind noch viele andere Faktoren am Werk. Dennoch gilt es, aus dem Fehler, den man mit dem Versuch der Lösung der Pensionsprobleme durch Ansparmodelle gemacht hat, zu lernen.

Verteilungsfrage lösen

Ob es uns passt oder nicht, wir werden die Finanzierung der Käufe von Gütern und Leistungen durch unsere älteren Menschen auch in Zukunft ganz überwiegend mit dem bewährten Umlageverfahren bestreiten müssen. Wir werden uns nicht um die Lösung der realen Verteilungsfrage, wie sie oben beschrieben wurde, drücken können. Denn alle Versuche von Finanzdienstleistern und PolitikerInnen, das mit Finanztricks zu lösen, würden wieder nur in eine Finanzkrise führen.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
th@lachs.net
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Statistiken sind Argumente

	Harmonisierte VPI	
	Februar 09	März 09
Belgien (BE)	1,9	0,6
Deutschland (DE)	1,0	0,4
Irland (IE)	0,1	-0,7
Griechenland (EL)	1,8	1,5
Spanien (ES)	0,7	-0,1
Frankreich (FR)	1,0	0,4
Italien (IT)	1,5	1,1
Zypern (CY)	0,6	0,9
Luxemburg (LU)	0,7	-0,3
Malta (MT)	3,5	3,9
Niederlande (NL)	1,9	1,8p
Österreich (AT)	1,4	0,7p
Portugal (PT)	0,1	-0,6
Slowenien (SI)	2,1	1,6
Slowakei (SK)	2,4	1,8
Finnland (FI)	2,7	2,0
Eurozone (VPI-EWU)	1,2	0,6p
Bulgarien (BG)	5,4	4,0
Tschech. Republik (CZ)	1,3	1,7
Dänemark (DK)	1,7	1,6
Estland (EE)	3,9	2,5
Lettland (LV)	9,4	7,9
Litauen (LT)	8,5	7,4
Ungarn (HU)	2,9	2,8
Polen (PL)	3,6	4,0
Rumänien (RO)	6,9	6,7
Schweden (SE)	2,2	1,9
Vereinigtes Königreich (UK)	—	—
EU (EVP)	1,7	1,3p
Island (IS)	21,6	19,9
Norwegen (NO)	2,8	2,6
EWU (VPI-EWR)	1,8	1,3p
Schweiz (CH)	-0,1	-0,7

Der Arbeitsmarkt im März 2009				
	Stand März 09	Veränderung zum Vormonat	Veränderung Vorjahresmonat	Vorjahresmonat
Unselbstst. Beschäftigung	3.354.414	15.421	15.421	-37.654
ohne KUG/Präsenzdiener	3.238.671	15.678	15.678	-38.022
ArbeiterInnen	1.269.433	15.992	15.992	-57.481
Angestellte u. Beamte	2.084.981	-571	-571	19.827
Männer	1.769.915	24.347	24.347	-43.750
Frauen	1.584.499	-8.926	-8.926	6.096
AusländerInnen	426.669	2.024	2.024	-5.983
InländerInnen	2.927.745	13.397	13.397	-31.671
Vorgemerkte Arbeitslose	271.127	-30.568	-30.568	60.671
Männer	167.506	-31.321	-31.321	46.623
Frauen	103.621	753	753	14.048
AusländerInnen	51.817	-6.310	-6.310	14.239
InländerInnen	219.310	-24.258	-24.258	46.432
Jugendliche (bis unter 19)	9.712	-817	-817	2.043
Jugendliche (19 bis unter 25)	34.373	-2.526	-2.526	10.400
Ältere (50 bis unter 55)	29.064	-3.201	-3.201	6.032
Ältere (55 bis unter 60)	20847	-1.724	-1.724	2.967
Ältere (über 60)	5267	-211	-211	484
Arbeitslosenquote	7,5	-0,8	-0,8	1,6
Offene Stellen	27.439	1.164	1.164	-12.054
Lehrstellensuchende	4.566	-432	-432	283
Offene Lehrstellen	3.203	46	46	-413
Geringfügige Beschäftigung *	291.036	403	403	16.183
Männer	100.272	231	231	8.591
Frauen	190.764	172	172	7.592
ArbeiterInnen	164.986	-1.188	-1.188	8.688
Angestellte	126.050	1.591	1.591	7.495

* nicht in der unselbstständigen Beschäftigung enthalten

Die monatlichen Übersichten über die Beschäftigungslage und die Kaufkraft sollen die Orientierung erleichtern. Die Tabellen sind wichtige Informationen für InteressenvertreterInnen und jede/n politisch Interessierte/n.

Datenquellen: EUROSTAT, i.f.d. Monat.
Anm.: Der Harmonisierte VPI ist der zentrale Indikator für die Währungs- politik der EZB. Er stellt auch die beste statistische Basis für internationale Vergleiche unter europäischem Gesichtspunkt dar.
 EWU = Europäische Währungsunion; EWR = Europäischer Wirtschaftsraum.
 Die Schweiz berechnet seit Jänner 2008 einen HVP.
r = revidiert; p = vorläufig; - = Daten nicht verfügbar

Barroso-Kommission: Im November 2004 wurde der sozialdemokratische portugiesische Politiker Manuel Barroso als Präsident der EU-Kommission für fünf Jahre bestätigt, gemeinsam mit den 24 Mitgliedern der Kommission. Durch den Beitritt von Rumänien und Bulgarien kamen 2007 zwei weitere Kommissare dazu. (Seite 13)

Benchmark: Richtwert, Maßstab; Höhenfestpunkt, beispielsweise an Messlatten, beim Benchmarking werden gezielt erfolgreiche Produkte, Produktionsmethoden etc. der Konkurrenz beobachtet, um sich daran zu orientieren. (Seite 9)

Csurka, István: ungarischer Journalist, Schriftsteller und Politiker, geb. 1934, Vorsitzender der rechtsextremistischen ungarischen Kleinpartei MIÉP. (Seite 33)

Da Vinci: eigentlich: Leonardo Da Vinci, Bildungsprogramm der EU zur Förderung internationaler Kompetenzen von SchülerInnen, ArbeitnehmerInnen und Angehörigen von Organisationen. Bei dem bis 2013 laufenden Programm werden Auslandsaufenthalte in der beruflichen Aus- und Weiterbildung, Netzwerke, Projekte zum Transfer und zur Entwicklung von Innovationen etc. gefördert. (Seite 30)

Duales Ausbildungssystem: Kombination von praktischer und theoretischer Ausbildung in Form von Lehre und Berufsschule. (Seite 10)

Erasmus: Bildungsprogramm der EU für den Hochschulbereich, gefördert werden Auslandsstudien, Praktika, Gastdozenturen sowie eine Reihe zentraler Maßnahmen wie Modernisierung der Hochschulbildung, die von Brüssel verwaltet werden. (Seite 30)

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA): beratende Einrichtung der EU, in der Arbeitgeber, Gewerkschaften, Landwirte, Verbraucher, Arbeitnehmer und andere Interessensgruppen vertreten sind, derzeit 344 Mitglieder. Der EWSA muss in Fragen der Wirtschafts- oder Sozialpolitik der EU angehört werden, trifft aber selbst keine Entscheidungen. (Seite 8)

Fortuyn, Pim: sozialdemokratischer niederländischer Politiker, Publizist und Soziologe (1948–2002), er vertrat unter anderem die Meinung, dass der Multikulturalismus zum Scheitern verurteilt sei, war außerdem gegen die Monarchie und gegen eine starke Rolle der Kirche. Einer der Wahlsprüche des bekennenden Homosexuellen lautete »wählt mich, dann dürft ihr Pelzmäntel tragen«. Kurz vor den Parlamentswahlen 2002 wurde Fortuyn von einem militanten Umwelt- und Tierschützer ermordet. (Seite 33)

Front National: Bezeichnung für nationalistische Parteien in Frankreich (gegründet 1972, unter anderem von Jean-Marie Le Pen) und Belgien. (Seite 32)

Green New Deal: Mit »New Deal« wurde ursprünglich ein Bündel von Wirtschafts- und Sozialreformen in den USA bezeichnet, das ab 1933 mit massiven staatlichen Investitionen die Konjunktur ankurbeln und – zusammen mit der Einführung eines Sozialversicherungssystems, progressiver Besteuerung und massiver Arbeitszeitverkürzung – die durch die Weltwirtschaftskrise verursachte Massenarbeitslosigkeit und -armut lindern sollte. Angesichts der aktuellen Weltwirtschaftskrise propagieren die deutschen Grünen einen neuen Gesellschaftsvertrag (Green New Deal), mit dem durch Investitionen in Gerechtigkeit, Bildung und Klima bis 2013 eine Million Jobs geschaffen werden sollen. Dafür rechnen sie mit 80 Milliarden Euro neuer Schulden in den kommenden vier Jahren. Aber auch die Europäischen bzw. österreichischen Grünen fordern vor der EU-Wahl einen Green New Deal gegen die Wirtschaftskrise. (Seite 19)

IWF: Internationaler Währungsfonds, auch IMF (International Monetary Fund), gegründet 1944, Sitz in Washington, 185 Mitgliedsstaaten. Im Rahmen jährlicher Konsultationen analysiert der IWF die nationale Wirtschaftsentwicklung und -politik und überprüft deren Auswirkungen auf die Mitgliedsstaaten und deren Zahlungsbilanzen. Außerdem begutachtet er unter anderem halbjährlich die Weltwirtschaftslage. Dabei ist der Fonds nicht unfehlbar. So entschuldigte sich erst kürzlich IWF-Chef Dominique Strauss-Kahn während seines Wien-Besuchs für Fehler bei der Risikobewertung der Staaten Zentral- und Osteuropas. Diese hatten wegen des hohen Ost-Engagements österreichischer Unternehmen zu Zweifeln an der Bonität Österreichs geführt. (Seite 18)

Jobbik: 2004 von Studenten gegründete rechtsradikale Partei in Ungarn, deren voller Name übersetzt »Gemeinschaft von rechtsgerichteten Jugendlichen – Bewegung für ein besseres Ungarn« lautet. Verwendet wird aber immer die Abkürzung Jobbik, das »besser« bzw. »rechts« bedeutet. Der berühmteste Kopf der Partei ist die feministische Menschenrechtlerin und Universitätsdozentin Krisztina Morvai, die lange als Frauenrechtlerin für die UNO arbeitete. Die Chancen, dass Jobbik, die 2006 bei den Parlamentswahlen noch gemeinsam mit der rechtsradikalen MIÉP erfolglos kandidiert hatte, bei den EU-Wahlen die 5-Prozent-Hürde überwindet, stehen gut. (Seite 33)

Krugman, Paul: US-Volkswissenschaftler, geb. 1953, Begründer der Neuen Ökonomischen Geografie, welche der verbreiteten Ansicht, dass die zunehmende Beseitigung von Außenhandelsbarrieren für sämtliche beteiligten Regionen vorteilhaft sei, zum Teil widerspricht und staatliche Interventionen für sinnvoll hält. Krugman erhielt 2008 den Wirtschaftsnobelpreis. (Seite 18)

Magyar Gárda: »Ungarische Garde«, rechtsextremistische, paramilitärische Vereinigung, die 2007 aus der Partei Jobbik heraus entstanden ist. Im Dezember 2008 wurde der Trägerverein der Ungarischen Garde vom Budapester Stadtgericht aufgelöst, weil diese mit ihren Aufmärschen und Veranstaltungen die menschliche Würde der Roma und anderer Minderheiten verletzte. (Seite 33)

Manchester-Kapitalismus: (abwertende) Bezeichnung für die Zeit der industriellen Revolution in England ab Mitte des 18. Jahrhunderts, die durch Ausbeutung der ArbeiterInnen gekennzeichnet war. (Seite 19)

Möller, Jürgen: deutscher FDP-Politiker (1945–2003), war unter Bundeskanzler Helmut Kohl Minister für Bildung und Wissenschaft, Wirtschaftsminister und ab 1992 Vizeminister. Auf Grund der Briefbogen-Affäre – er hatte sein offizielles Briefpapier für Interventionen zugunsten eines Verwandten verwendet – musste Möller 1993 zurücktreten. Nach einem Comeback in Nordrhein-Westfalen geriet er abermals in die Kritik und starb 2003 unter mysteriösen Umständen bei einem Fallschirmsprung. (Seite 33)

Orbán, Viktor: ungarischer Politiker, geb. 1963, von 1998–2002 Ministerpräsident, derzeit Führer der bürgerlichen Opposition. (Seite 33)

RAPEX: Rapid Exchange of Information System, Schnellwarnsystem der EU für den Verbraucherschutz. Die Generaldirektion Gesundheit und Verbraucherschutz der Europäischen Kommission veröffentlicht wöchentlich einen Bericht über aktuelle RAPEX-Warnungen. (Seite 31)

SPE: Sozialdemokratische Partei Europas, umfasst sozialdemokratische und sozialistische Parteien aus der EU und aus anderen europäischen Ländern; Vorsitzender: Poul Nyrup Rasmussen. Die SPE-Fraktion im Europäischen Parlament stellt 215 der 785 Abgeordneten. (Seite 9)

Tendenzschutz: bedeutet, dass dem Verleger einer Zeitung das Recht eingeräumt wird, die politische Richtung seines Mediums zu bestimmen. Redakteure und freie Mitarbeiter können dazu verpflichtet werden, in diese Richtung zu berichten. Ähnliches gilt im Übrigen auch für sogenannte Tendenzbetriebe, die zu Parteien oder Gewerkschaften gehören. (Seite 16)

Wilders, Geert: rechtspopulistischer niederländischer Politiker, geb. 1963, Vorsitzender der »Partei für die Freiheit«, seit 1998 Mitglied der zweiten Kammer der Generalstaaten. Nach dem Mord an dem Regisseur und »Enfant Terrible« Theo van Gogh, der einen Film über die Unterdrückung der Frau durch den Islam gedreht hatte, steht Wilders seit 2004 permanent unter Polizeischutz. (Seite 33)



Der Europäische Betriebsrat

Das vorliegende Handbuch zum Europäischen Betriebsrat ermöglicht allen Interessierten einen Überblick zur institutionalisierten ArbeitnehmerInnenbeteiligung in grenzübergreifend tätigen europäischen Unternehmen. Darüber hinaus dient es allen BetriebsrätInnen und GewerkschafterInnen, die mit der Etablierung neuer europäischer Konzernvertretungen in Unternehmen zu tun haben, als praktischer Ratgeber.

Der Autor erläutert die politischen und rechtlichen Grundlagen zum Europäischen Betriebsrat, liefert gewerkschaftliche Einschätzungen und bietet wertvolle Informationen, Orientierungsrichtlinien und Tipps zur Etablierung und zum Ausbau einer länderübergreifenden ArbeitnehmerInnenvertretung. Die relevanten europäischen und österreichischen Rechtstexte sind abgedruckt.

Weiters findet sich eine Zusammenfassung und Einschätzung der im Jahr 2009 neu gefassten und künftig geltenden Richtlinie zum Europäischen Betriebsrat.

Wolfgang Greif
Der Europäische Betriebsrat

2009, 320 Seiten

€ 28,50

ISBN: 978-3-7035-1350-3

Der Autor:

Mag. Wolfgang Greif, geb. 1961 in Wien, Studium der Geschichte und Politikwissenschaft in Wien; 1992-2001 tätig im ÖGB in der Aus- u. Weiterbildung für FunktionärInnen; seit Mai 2001 Leiter der Abteilung Europa, Konzerne und Internationale Beziehungen in der GPA-djp; seit Oktober 2002 für den ÖGB Mitglied im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss in Brüssel.

GARANTIERT GUT INFORMIERT
www.oegbverlag.at

Bestellung:

im Web: www.oegbverlag.at

per Mail: bestellung@oegbverlag.at oder

per Fax: 01/405 49 98-136

BESTELLSERVICE

In jeder Buchhandlung
oder direkt bei der ...

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH

Fachbuchhandlung
Rathausstraße 21, 1010 Wien

Telefon: 01/405 49 98-132, Fax: DW 136

E-Mail: fachbuchhandlung@oegbverlag.at

Ja, ich bestelle ____ Exemplar/e von **Der Europäische Betriebsrat**

€ 28,50

Name		
Firma/Institution		
PLZ	Ort	Anschrift
Telefon, E-Mail		
Datum, Unterschrift		

Ja, ich möchte den ÖGB-Verlag-Newsletter bis auf Widerruf per Mail an oben angeführte E-Mail-Adresse erhalten.

Eigentumsvorbehalt. Zahlbar bei Erhalt der Rechnung. Gemäß § 24 Datenschutzgesetz machen wir Sie darauf aufmerksam, dass Ihre Daten zum Zweck der Kundenbetreuung und Verrechnung automationsgestützt verarbeitet werden. Zahlungsverzugskosten übernimmt der/die BestellerIn. Satz- und Druckfehler vorbehalten. Preis inkl. Ust., zuzügl. € 3,90 Versandkosten.

AW 5/09



**WELCHES
EUROPA
WILLST DU?**

www.oegb.at

5 PUNKTE FÜR DEIN EUROPA

- Investitionen in Arbeitsplätze
- Strenge Regeln an den Finanzmärkten
- Sozialklausel im EU-Vertrag
- Starkes europäisches Arbeitsrecht
- Gute Grundversorgung

 **Wähle dein Europa.**
OGB | Eine Aktion des ÖGB zur Europawahl am 7. Juni 2009

Ein Ersuchen des Verlages an den Briefträger:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie
uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder
richtige Anschrift mit

Straße/Gasse

Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl

Ort

Besten Dank

AW